DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

MIT DEMOKALENDER

➔ Seite 6

Souverän *für Frieden, Freiheit und sozialen Ausgleich: Volkstribune Willy Brandt und der schwedische Ministerpräsident Olof Palme (r.)*

Fotos: Pelz (l.), Folke Hellber/Dagens Nyheter.

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 89 ab Samstag, . Mai 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an KDW e.V., IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N‘Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Sverige, håll dig stark!

NO NATO!

(Schweden, bleib stark! Sag »Nein« zur Nato!)

Der EU trat Schweden noch bei, dem Abzockprojekt Euro widerstand das Land, ebenso weitgehend der Corona-Lüge.

Nun setzen Apparatschiks die selbstbewusste skandinavische Sozialdemokratie unter Druck, einer der schuldbeladensten Verbindungen der Menschheitsgeschichte mit Millionen Opfern beizutreten: Ihnen selbst, dem Kriegsbündnis Nato. Am Montag versuchte der deutsche Corona- und Kriegskanzler Olaf Scholz ausgerechnet im Schloss Meseberg bei Berlin, die schwedische Ministerpräsidentin Magdalena Andersson zu einem Beitritt ihres Landes in die Kriegskoalition zu überreden. Auch die Finnen sollen mit.

➔ Bericht Seite 12 ➔ Ressort Krieg & Frieden ab S. 11

ES REICHT!

• »Impf«-Tote • Pharmalügen • Kriegstreiber • Konzernpresse

Deutschland trauert um nächsten Ermordeten des Corona-Regimes





Fotos: Szenen der Tötung eines Demokraten am Montag in Mannheim. *Videostills: Twitter/priv., Tiktok/priv.*

So sieht’s aus, wenn Politiker und Konzernpresse von *Tagesschau* über *Bild* bis *Taz* Beamte gegen Volk und Wahrheit aufhetzen.

Mitten in der Mannheimer Innenstadt töten zwei Polizisten mit Wappen des Bundeslandes Baden-Württemberg auf den Armen am Montagnachmittag, 2. Mai 2022, einen Bürger. Einer der Beamten schlägt dem am Boden liegenden 47-Jährigen immer wieder mit der Faust ins Gesicht. Behörden werden dies später »unmittelbaren Zwang« nennen. Der zweite Beamte hält den Bürger während des Tötungsvorgangs am Boden. Spätere Wiederbelebungsversuche durch Passanten auf der Straße helfen nichts mehr. Regierungsvertreter behaupten später, der Bürger sei »in der Klinik verstorben«. – Hetzjagd, Angriff und Tod sind per Bürgervideos dokumentiert.

TROTZ VIDEOS: REGIME VERSCHLEIERT

Vor der Tötung hatten die Polizisten den Mann im belebten Zentrum der nordbadischen Metropole mit Tränengas traktiert und durch die Straßen gehetzt – weil dieser laut Zeugen oppositionelle Äußerungen von sich gegegeben hatte (»Corona-Terror«). Im Moment seiner mutmaßlichen Ermordung fordert er am Boden liegend »einen Richter« (Video u.a. *https://t.me/DemokratischerWiderstandTelegram/4968*).

Ob die Täter festgenommen wurden, hält das Kretschmann-Land geheim. Angeblich soll das LKA ermitteln, Polizisten also Polizisten kontrollieren. Die Regimepresse schweigt. Wegen der »Maßnahmen«, darunter tödliche, gegen die Berliner Millionendemos und die revolutionären Montagsspaziergänge (Seite 6) ermittelt unter anderem der UN-Kommissar gegen Folter gegen die BRD-Verantwortlichen. (ale)

➔ Politik&Recht S.4/5, Polizisten für Aufklärung, S.7

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 89. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

Pflegerin mit Herz

Der Preis der Republik geht an Sabrina Kollmorgen.
LAUDATIO von Dori Lee



Sabrina Kollmorgen ist ausgebildete Krankenschwester im Bereich der Intensivmedizin und Aktivistin der ersten Stunde. Sie hat von Anfang an »nein« gesagt.

Nein zur Impfung, nein zum Test, nein zur Maske. Nein zur Corona-Diktatur. Vor zwei Monaten wurde sie deshalb gekündigt. Und das, obwohl sie sich 20 Jahre auf einer Intensivstation für ihre Patienten aufgeopfert hatte und sich nun weigerte, diese mit Masken und Tests zu quälen.

Seit Januar 2022 unterstützt sie auch die Initiative »Pflege mit Herz« und kämpft gegen die einrichtungsbezogene Impfpflicht. Sabrina lässt sich trotz täglicher Anfeindungen, Hassbekundungen und Drohungen nicht einschüchtern und ist auf fast jeder Demo zu sehen. Lautstark klärt sie am Mikrofon ihre Mitmenschen mit aktuellen Berichten auf.

Falls Sie eines Tages, weil sie impffrei bleiben möchten, beim Arzt oder im Krankenhaus keine Behandlung mehr bekommen sollten, wird Sabrina für Sie da sein. Für ihre bedingungslose Nächstenliebe gebührt ihr unser aller Dank.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Sabrina Kollmorgen. Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny.



Ressourcen des Lebens

EINWURF *von Werner Köhne*

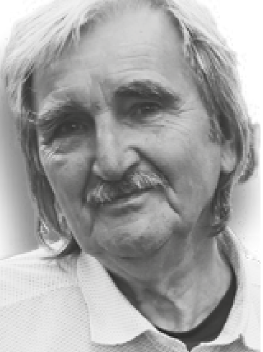
Geschafft oder gescheitert: Die besten Romane der Weltliteratur haben uns eindrucksvoll vorgeführt, dass sich Scheitern und Niederlage besser erzählen lassen als Erfolg.

Das könnte Gründe haben, welche die Intensität der damit verbundenen Erfahrung betreffen. Vom Ende des Lebens aus betrachtet, nagt an jedem Erfolg ohnehin eine Paradoxie: dessen Unmöglichkeit. Welcher Sterbende würde heute in Zeiten einer erschöpften religiösen Heilsgeschichte noch sagen können: Ich habe es geschafft – zumal er nach dem Gipfel nicht mehr auf der Welt ist, um den Erfolg auszukosten. Phänomenologisch betrachtet trifft hier zu, was allgemein für Erfahrung gilt:

Dem Erfolg folgt gemeinhin ein Gefühl innerer Leere, das man vergeblich wegzudrücken versucht. Scheitern aber vermag ein Loslassen freizusetzen, gewährt einem gar die von Albert Camus erwähnte »zärtliche Gleichgültigkeit der Welt« – sie oftmals ein Tor zur Poesie.

Zu einer Chronik des letzten Corona-Jahres sollten auch diese Momente von Erfahrung gezählt werden. Was gab es neben Wut, Frustration und gelegentlichen Hochgefühlen noch an erwähnenswerten Geschehnissen, die man dem coronaverwalteten Irrsinn entgegensetzen könnte – wobei nicht das ausgeleierte »Wo bleibt das Positive?« gemeint sein sollte. Ich erinnere da an die Tänze (Dancer encore) vor einem Jahr auf den großen Plätzen Europas: womöglich auch an Gespräche über Bäume, die heute kein Verbrechen wegen des dadurch Verschwiegenen mehr einschließen – wie in Brechts Gedicht – sondern einen gelungenen Augenblick des gemeinsam geteilten Glücks; oder an einen Abend sei erinnert nach einer Lesung, der wirklichen Gemeinsinn auf die maskenfreien Gesichter der Zuhörer zauberte. Ein Hauch von Katakomben durchströmte uns damals, angeglichen an Jim Morrisons »Riders on the storm«.

Auch so ließ sich, schöpfend aus kulturellen Traditionen der Melancholie, die Diktatur des verbiesterten Corona-Kartells knacken und die verschütteten Ressourcen des Lebens neu entdecken. Denn – seien wir ehrlich – darum muss es gehen: um ein Leben, das diesen Namen auch verdient.



DAS GENEXPERIMENT GEHT WEITER

Bio-Technologieunternehmen bringen unentwegt neue mRNA- und DNA-Präparate auf den Markt. | Von Markus Fiedler



Für alle Zeiten eine freiheitlich-demokratische Selbstverständlichkeit: das Recht auf freie Impfentscheidung.
Foto: Sandra Doornbos

Die uns als neuartige »Impfstoffe« verkauften Injektionsstoffe sind in Wirklichkeit Präparate zur Genmanipulation der Zellen des eigenen Körpers. Diese »Gentherapeutika« mögen Ihre Berechtigung haben beim Einsatz gegen schwere bis gar nicht heilbare Erbkrankheiten wie zum Beispiel bei der Behandlung von Stoffwechselkrankheiten wie Phenylketonurie (PKU). Zur vorbeugenden Behandlung beziehungsweise »Impfung« von gesunden Patienten sind sie aufgrund ihrer breit gefächerten Nebenwirkungen schlichtweg ungeeignet.

Dieser Artikel beschäftigt sich erneut mit einem Thema, das ich vor über einem Jahr in der 38. Ausgabe des DW (27. Februar 2021) besprochen habe. Damals ging es um den Gen-Impfstoffkandidaten BNT162c2 der Firma BioNtech. Dabei handelt es sich um einen sogenannten selbstreplizierenden Impfstoff (saRNA, also »self amplifying Ribo-Nucleic Acid«). Dieser Kandidat kam bei der Corona-Gen-Impfungskampage nicht zum Zug. Ich selbst warne eindringlich vor diesem Typus von selbst vervielfältigenden Impfstoffen eben wegen der viralen Vermehrung der mRNA-Erbträger und unvorhersehbarer Nebenwirkungen – besonders wenn genmanipulierte Spike-Proteine auf den Erbträgern codiert sind. Denn genau diese Spike-Proteine sind hoch toxisch, verbleiben sehr lange im Körper, erzeugen das Krankheitsbild von Covid-19 und sind dafür verantwortlich, dass Patienten über massive Blutgerinnungsstörungen und ein defektes Immunsystem klagen.

LEITMEDIEN LOBPREISEN MRNA-TECHNOLOGIE

Jetzt hat eine andere US-amerikanische Firma, namens Arcturus Therapeutics ihre klinische Testphase zu einem gleichartigen Gen-Impfstoff für die Einführung in Entwicklungs- und Schwellenländern abgeschlossen. Viele Medien berichteten darüber, allerdings vollkommen unkritisch. So freut sich ein Autor des MDR beispielsweise: »Es könnte der mRNA-Technologie auch in ärmeren Ländern zum Durchbruch verhelfen: Das kalifornische Biotechunternehmen Arcturus Therapeutics hat zusammen mit seinem vietnamesischen Partner Vinbiocare die klinischen Studien für die Zulassung eines neuen mRNA-Impfstoffs gegen Corona abgeschlossen. Demnach konnten 95 Prozent der geimpften Versuchspersonen vor schwerer Erkrankung und Tod geschützt werden.«

95 Prozent Erfolgsquote! Das hatten wir schon einmal, und zwar beim Impfstoff »Tozinameran« oder auch »Comirnaty« beziehungsweise 162b2 von BioNtech. Seriöse Untersuchungen kamen da aber zu ganz anderen Einschätzungen. Wir lesen auf tkp.at: »Eine genaue Untersuchung der Daten ergab massive Zweifel an der Richtigkeit der behaupteten Wirksamkeit von 90 beziehungsweise 95 Prozent (von BNT162b2). Es wurden rund 4.000 Personen aus der Studie ausgeschieden ohne zu begründen warum. Wären sie in der Studie geblieben, dann hätte sich die Relative Risikoreduktionsrate auf nur 19 bis 29 Prozent reduziert.«

Wenn wir also bei Arctus Therapeutics ähnliches Lob bezüglich der Wirksamkeit lesen, sollten wir sehr kritisch sein. Der neuartige Gen-Impfstoffkandidat dieser Firma hat die Bezeichnung ARCT-154. Das Präparat wird als Pulver geliefert und muss vor der Verabreichung in Flüssigkeit aufgelöst werden. Die Erbinformationen des Präparates sind auf mRNA-Molekülen abgelegt. Diese werden in sogenannten LNPs (Liquid-Nano-Partikeln) transportiert. Es handelt sich also um die gleiche Technologie wie bei der Firma BioNtech. Auch ist als Antigen das sogenannte Spike-Protein (Variante D614G) des Corona-Virus codiert. Da die allermeisten schweren Nebenwirkungen von Corona-Gen-Impfstoffen auf diese von den körpereigenen Zellen produzierten Spike-Proteine zurückgehen, verwundert es, dass der Impfstoff ARCT-154 eine so gute Verträglichkeit haben soll.

ANGRIFF AUF DAS IMMUNSYSTEM

Obendrein ist dieses mRNA-basierte Präparat wie das Präparat BNT162c2 von BioNtech ebenfalls ein selbst vervielfältigender Impfstoff. Auf der mRNA ist ein Replikase-Protein codiert, welches von der mit dem Präparat infizierten Wirtszelle produziert wird. Danach vervielfältigt dieses Enzym die Gen-Impfstoff-mRNA sodass davon mehrere Zigtausend Kopien in der Zelle vorhanden sind und diese für die Zelle schädliche Fremd-mRNA nicht wieder abgebaut werden kann.

Üblicherweise präsentieren alle Zellen im Körper die von ihnen produzierten Proteine auf der Oberfläche und so wird das Immunsystem diese Zellen aufgrund der fremdartigen Eiweiße als infiziert erkennen und beseitigen. Patienten mit einem geschwächten Immunsystem haben hier allerdings genau so schlechte Karten wie bei einer beliebigen viralen Infektion. Das Immunsystem wird im Zweifel diese Zellen nicht rechtzeitig erkennen.

Und so verwundern auch nicht die Ausschlusskriterien für Probanden, die an der Testung des Impfstoffes in Vietnam teilnehmen sollten: »Ausschlusskriterien: Personen, die eine Vorgeschichte von Autoimmunerkrankungen oder Immunschwäche haben.« Schöne neue Corona-Welt.



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

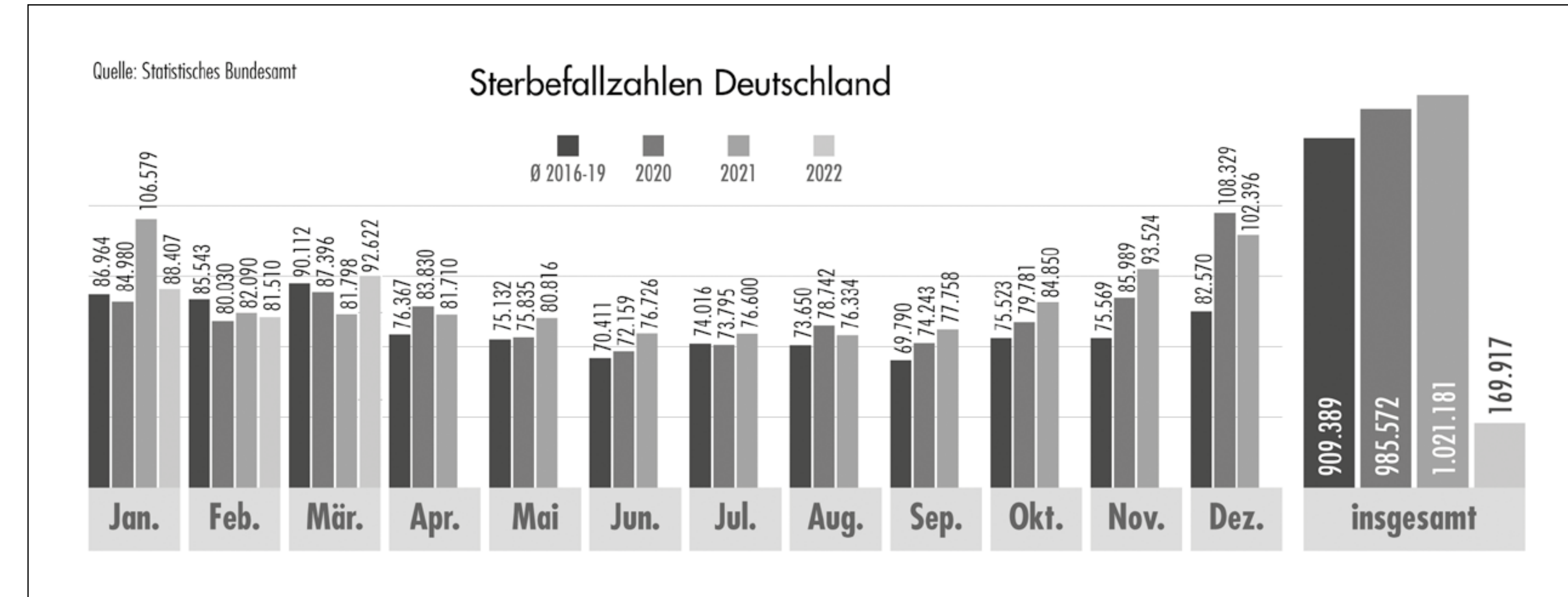
MELDUNG

SPRITZ-SCHÄDEN NICHT MEHR ZU LEUGNEN

Berlin/DW. Eine Beobachtungsstudie der Berliner Charité zu den Nebenwirkungen der Corona-Spritzen kommt zu dem Zwischenergebnis, dass die Zahl der schweren Impfkomplikationen durch die Genspritze 40 mal höher ist, als die vom Paul-Ehrlich-Institut (PEI) ermittelten Zahlen. Professor Harald Matthes, Leiter der Studie »Sicherheitsprofil von Covid-19-Impfstoffen«, fordert Anlaufstellen für Betroffene. In der Studie werden nach Angabe der Forscher seit rund einem Jahr 40.000 geimpfte Personen in Deutschland in regelmäßigen Abständen befragt. »Die Zahl ist nicht überraschend. Sie entspricht dem, was man aus anderen Ländern, wie Schweden, Israel oder Kanada kennt. Übrigens hatten selbst die Hersteller der Impfstoffe in ihren Studien bereits ähnliche Werte ermittelt«, so Prof. Harald Matthes. (nir)

BERLINER SCHULEN: MASKE FÄLLT, TEST BLEIBT

Berlin/DW. Auch an Berliner Schulen sind die Kinder nun vorerst von der Maskenpflicht befreit. Die Testpflicht bleibt hingegen bis Pfingsten bestehen, wenn auch die wöchentliche Anzahl gleich reduziert wird. Noch zweimal statt dreimal müssen sich die Kinder den demütigenden und wissenschaftlich nicht validierten Test zuführen. (nir)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

MENSCHENBESTAND WIRD GESICHTET

Berlin/DW. Ab dem 15. Mai 2022 wird in Deutschland eine Volkszählung durchgeführt. Dabei will die Verwaltung der Bundesrepublik feststellen, wieviele Menschen in Deutschland leben, wie sie wohnen und wie sie arbeiten. Die Daten werden stichpunktartig erhoben, die Teilnahme ist für die angeschriebenen durch ein Bundesgesetz, das sogenannte Zensusgesetz, verpflichtend. 1987 hatte es Massenproteste in der Bundesrepublik gegen die Volkszählung gegeben, mittlerweile findet sie im Rahmen einer Vereinbarung zwischen den Regierungen der EU alle zehn Jahre statt. (hes)

POLITPERSONAL WIRD AUSGESTAUSCHT

Stuttgart/DW. Die Rücktritts- und Entlassungswelle geht weiter. Nach Familienministerin Anne Spiegel (Bündnisgrün) und dem sächsischen Innenminister Roland Wöller (CDU), steht auch der baden-württembergische Innenminister Thomas Stropp (CDU) kurz vor der Entlassung oder Rücktritt. Der Vorwurf ist, er habe Dienstgeheimnisse im Rahmen einer sogenannten MeToo-Ermittlung innerhalb der Polizei an die Presse weitergegeben. Kritiker sehen dies als ein Mittel, um Regierungsmitglieder unter Druck zu setzen und auf Nato-Kurs zu halten. (hes)

Schröder-*Bashing*

Das Volk muss wieder abgelenkt und erneut auf Linie gebracht werden – das weiß auch Schröder. | Ein KOMMENTAR von Sophia-Maria Antonulas

Was haben Eva, Anne, Hiltrud und Doris gemeinsam? Sie alle waren mit Gerhard Schröder verheiratet. Bei seiner fünften Frau, So-yeon Schröder-Kim, ist der Ex-Kanzler bisher noch nicht in Ungnade gefallen – zumindest nicht wegen seiner Beziehung zu Putin.

Ganz anders sehen das manche Gastwirte in Berlin, die Schröder nichts servieren wollen, weil eben Russland-Versteher oder so. Kurz zuvor wurden noch alle Ungeimpften diskriminiert, jetzt eben nur noch der Altkanzler. Auch aus den ehemaligen SPD-Parteifreunden sind binnen kürzester Zeit Parteifeinde geworden. So scheint es zumindest.

Altkanzler-*Bashing* ist total angesagt. 1999 war das anders, als Schröder noch im Amt war. Damals vertrat er die Linie der amerikanischen Freunde und ihrer PR-Agenturen. Auch ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats war er dafür, dass die Nato und mit ihr die Deutsche Luftwaffe Serbien bombardiert. Obwohl die angeblichen Menschenrechtsverbrechen der Serben im Kosovo gar nicht stattgefunden hatten und Schröder dies von den OSZE-Beobachtern vor Ort eigentlich wissen musste. Egal, Deutschland durfte im Auftrag der Nato wieder mehr Verantwortung übernehmen. Da kam jede Lüge recht, um das Volk auf Linie zu bringen. Und der damals eigentlich schon obsolete Nordatlantische Pakt war gerettet und kann sich seither als Retter der Menschheit darstellen.

»Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt«, so hieß die Kommission, die Schröder eingesetzt hatte, um in Deutschland die Agenda 2010 zu verwirklichen – eine weitere Rettungsmaßnahme. Die war und ist den Gastwirten bestimmt nicht so verhasst – sind sie doch Nutznießer billiger Arbeitskräfte, auch »Hartz 4-Aufstocker« genannt. Und wieder konnte Gerhard Schröder Mut beweisen und unpopuläre Maßnahmen zum Wohle weniger durchbringen. Er entsprach damit ganz der damaligen Zeitenwende, der Wirtschaftsfreundlichkeit, der sich die Sozialdemokraten verschrieben hatten.

JEDER SPIELT DAS SPIEL MIT

Schröder schlägt sich also immer wieder auf die Seite der Mächtigen. Aber wirklich – wer kann ihm das verübeln? Wer macht das nicht? Wer traut sich denn noch, im besten Deutschland aller Zeiten zu sagen, was er tatsächlich denkt? Vielen Menschen ist inzwischen klar, dass sie während der vergangenen zwei Jahre zutiefst in die Irre geführt wurden. Und sie halten trotzdem den Mund – Kurzarbeit und sonstigen Unternehmenshilfen sei Dank. Aber jetzt beim Stichwort Ukraine ist alles ganz anders. Oder? Wir werden nicht getäuscht. Oder? Es ist kein Theaterstück. PR-Agenturen sind nicht im Spiel. Endlich können wir unserem in zwei Jahren hinter den Masken aufgestauten Ärger Luft machen. Uns an den hingehaltenen Ködern abarbeiten. Auch die Parteifreunde, die jetzt Schröder-*Bashing* betreiben, können nicht anders, das ist eben Populismus.

Der Altkanzler nimmt es ihnen nicht übel und behält die Fassung. Es gehört zum Spiel. Er kennt die Regeln. Menschen in Not brauchen einfach Sündenböcke. Schwarzweiß-Denken, von den Kurznachrichten und den Algorithmen der sozialen Medien gefördert. Alles noch einfacher als 1999. Deutschland will auch jetzt wieder mehr Verantwortung übernehmen. Während dem deutschen Mittelstand das Wasser bis zum Hals steht. Aber lasst uns weiter auf Schröder schimpfen und über seine Beziehungen, sei es mit Frauen oder Wladimir Putin, herziehen. Das ist so schön einfach. Wirklich.

DEMOKRATEN VOR GERICHT

Am Montag fanden deutschlandweit Verfahren vom und gegen das Corona-Regime statt.
Von Hendrik Sodenkamp

Am Montag, den 2. Mai 2022 tagte das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig zur Impfpflicht in der Bundeswehr. Dort müssen seit dem 24. November 2021 alle Soldaten geimpft sein. Dagegen hatten zwei hochdekorierte Stabsoffiziere geklagt. Sollte der Impfzwang in der Bundeswehr fallen, stünde auch die sogenannte einrichtungsbezogene Impfpflicht im Gesundheitsweisen auf der Kippe.

Aus einem bei Gericht eingebrachten und dem DW vorliegenden Schriftsatz der Heidelberger Anwältin Beate Bahner, die einen der Offiziere vertritt, geht hervor, dass sich die beiden Offiziere bislang sämtlichen verpflichtenden Impfungen unterzogen haben und nur die sogenannte Corona-Impfung ablehnen. Demselben Schriftsatz ist zu entnehmen, dass es in der Bundeswehr laut Auskunft der Bundesregierung vom 21. Januar 2022 genau »zwei gesicherte Covid-19-Todesfälle« gegeben habe.

Die Anwältin Beate Bahner gab an, dass die Verhandlung korrekt und höflich abgelaufen seien und alle vier Anwälte der Soldaten ausführlich zu Wort kommen konnten. Auch die einbestellten Sachverständigen, wie unter anderen der Mikrobiologe Prof. Sucharit Bhakdi, der Pathologe Prof. Arne Burkhardt und der Datenanalyst Tom Lausen hätten in Wahrung der rechtsstaatlichen Form aussagen können, so Bahner. Die Gegenseite, das Bundesverteidigungsministerium, hätte hingegen keinerlei Daten und Fakten vorgelegt, sondern mit der Aufstellung von Behauptungen gearbeitet. »Das Bundesverteidigungsministerium hat keine einzige der mündlich in der Verhandlung erstmalig vorgetragenen Zahlen nachgewiesen und belegt: keine Zahl zu Covid-Erkrankungen in der Bundeswehr, keine Inzidenzen der letzten zwei Jahre, kein Nachweis der behaupteten großen Anzahl von *Long-Covid*-Erkrankten, keine Aussage darüber, ob diese geimpft waren, wie ich vermute, kein Nachweis der angeblichen Reduktion der Übertragung durch die Impfung, und lediglich die mündliche Angabe von 47 gemeldeten Impfnebenwirkungen, davon ein Todesfall«, so Bahner.

Nach der neunstündigen Verhandlung, in der ein kleiner Teil der vorgelegten Schriftsätze, Beweise und Zeugenaussagen des Anwaltteams bestehend aus Beate Bahner, Wilfried Schmitz, Dr. Brigitte Röhrig, Prof. Martin Schwab und Göran Thoms vorgetragen werden konnte, zogen sich die fünf Richter zurück und verkündeten nach anscheinend hartem Ringen zwei weitere Verhandlungstage am 7. und 8. Juni 2022.

FAKTENRESISTENTE GESINNUNGSJUSTIZ

Unverhältnismäßig schnell ging es am Passauer Amtsgericht. Dort wurde am Montag der Passauer Demokrat und Arzt Ronald Weikl zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und acht Monaten auf Bewährung verurteilt. Ebenso soll er laut Urteil des alleine verfügenden Richters 50.000 Euro an eine gemeinnützige Einrichtung zahlen. Auch ein Teil-Berufsverbot wurde über ihn verhängt. So darf der Arzt keine Atteste zur Maskenbefreiung mehr ausstellen. Ronald Weikl soll Patienten, die sich außer Stande sahen, die Maske zu tragen, auch ohne Untersuchung ein Attest ausgestellt haben. Gegenüber dem regierungsnahen *BR* sagte Weikl im Anschluss: »Ich habe das gemacht, was von einem Arzt zu verlangen ist. Und ich bleibe dabei: Die wissenschaftliche Faktenlage spricht gegen die Maskenpflicht.« – Gegen das Urteil hat Ronald Weikl Rechtsmittel eingelegt. Vor dem Gericht demonstrierten rund 800 Demokraten für Rechtsstaatlichkeit, Verhältnismäßigkeit und einen Freispruch für Ronals Weikl.

Ähnlich schnell, aber noch ohne Demonstration, ging es auch beim Montagsprozess zu, der den Verfasser dieser Zeilen betraf. Dort wurde eine Geldstrafe von



Oppositionelle sind sich einig: Wir leben nicht mehr in einem Rechtsstaat. *Foto: Sandra Doornbos*

4.500 Euro verhängt, weil diese Zeitung den damaligen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn im schlechten Licht präsentierte. Dies unter dem Eindruck der Polizei-Exzesse am 29. und 30. August 2020, wo friedliche Demokraten, Schwangere und alte Frauen von der Berliner Polizei im Berliner Tiergarten blutig verprügelt wurden, während die Konzern- und Regierungsmedien die Gewalt und die oppositionelle Millionendemonstration kleinredeten und ausblendeten. Gegen das Urteil wurden Rechtsmittel eingelegt. Auch Anselm Lenz, Mitherausgeber dieser Zeitung, steht wegen dieser angeblichen Beleidigung von Herrn Spahn vor Gericht. In einer ersten Verhandlung wurde er in Abwesenheit zu einer Strafe von 4.800 Euro verurteilt, wogegen ebenfalls Rechtsmittel eingelegt wurden.







Bundeskanzler Olaf Scholz wurde am 1. Mai in Düsseldorf mit Buh-Rufen und Pfiffen empfangen. Fotos: Hannes Henkelmann

Ist er wieder da?

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick | Von Nadine Strotmann

Merz plaudert aus dem Schlafwagen, Lindner spricht von einer neuen Weltordnung und Bundeskanzler Scholz hält eine verstörende Rede zum 1. Mai, die in dramatischer Weise an einen großen Führer erinnert.

Der politisch auferstandene Friedrich Merz (CDU) berichtete diese Woche über seine Reise nach Kiew. Das, was niemand sehen will, präsentierte er uns auf seinem Twitter-Profil: Merz morgens im Schlafwagen der Bahn. Aber seien Sie beruhigt, er trug bereits ein ordentliches Oberhemd, ohne Krawatte, es soll ja authentisch sein. Und so schreibt er unter sein Foto: »Eine Nacht im Schlafwagen auf dem Weg nach Kiew – wir haben eine interessante Reise vor uns und bis jetzt kann ich nur sagen: Alles sicher, alles gut und die ukrainischen Behörden sind äußerst kooperativ. Es ist schön, in diesem Land zu sein.«

Freut uns für Sie, Herr Merz, dass alles so schön ist. Wir fragen uns, was Sie dort wollten? Offensichtlich geht es ausschließlich darum, den Krieg zwischen Russland und der Ukraine weiter anzuheizen. Was ist das Ziel, ein kleines Land wie die Ukraine mit endlosen Waffenlieferungen gegenüber einer Atommacht wie Russland auszustaffieren? Hört man Kinderbuchautor, Vaterlandshasser und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Die Grünen) zu, weiß man, warum die Globalisten, die den *Great Reset* steuern, diesen Krieg brauchen. Der neue Sündenbock ist da, um den Menschen nach der Corona-Krise Wohlstands- und Freiheitsverluste zu verkaufen, die zur neuen Weltordnung gehören.

HABECK MACHT PUTIN REICH

Habeck geht in seiner Tätigkeit auf, Deutschland auf das Niveau eines Schwellenlandes herunterzufahren. Überzeugt und motiviert, betroffen schauend, sagte er im Fernseh-Interview zu den von ihm geplanten Sanktionen gegenüber Russland: »Wir werden uns aber natürlich selbst schaden, das ist ja völlig klar. Es ist undenkbar, dass Sanktionen ohne Folgen für die eigene Volkswirtschaft und die eigenen Preise sind. Wir werden höhere Inflation, höhere Energiepreise und eine Belastung der Wirtschaft haben.« Wahnsinn! Weiß Habeck nicht, dass es langfristige Verträge mit Russland gibt? Wenn Deutschland also auf Gas-Lieferungen verzichtet, muss es dennoch zahlen. Und zeitgleich hat Indien Interesse bekundet und wird neuer Abnehmer. Ergo: Die Russen verdienen mehr als vorher, wenn das transatlantisch missbrauchte Deutschland Russland sanktioniert.

Und für die Inflation ist auch nicht Putin verantwortlich, aber das passt gerade alles so schön in eine neue Erzählung. Dann kommt noch Finanzminister Christian Lindner (FDP) daher und lässt wieder eine Verschwörungstheorie wahr werden. In einem Interview sagte er: »Wenn das am Ende aus dieser schrecklichen Phase von Pandemie und Krieg übrigbleibt …, dann bildet sich eine neue Wirtschafts-, Gesellschafts- und auch teilweise neue Weltordnung aus.«

VERSTÖRENDER AUFTRITT VON KANZLER SCHOLZ

Statt kleinem Geplauder gab es am 1. Mai in Düsseldorf großes Getöse – allerdings nicht vor Begeisterung, sondern vor Entrüstung. Als Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) auf die Bühne des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) betrat, riefen die Menschen im Chor: »Scholz muss weg! Kriegstreiber!« Es gab Buh-Rufe und Pfiffe als Scholz das Wort erhob. Entgegen seinem sonstigen Flüster-Ton sprach er laut, gab sich staatsmännisch und unterstrich seine verbale Entschiedenheit mit prägnanten, heroischen, verknappten Gesten: »Wir werden die Ukraine weiter unterstützen! Wir werden sie unterstützen, dass sie sich verteidigen kann, mit Waffenlieferungen. Ich respektiere jeden Pazifismus, ich respektiere jede Haltung, aber es muss einem Bürger der Ukraine zynisch vorkommen, wenn ihm gesagt wird, er solle sich gegen die Putinsche Aggression ohne Waffen verteidigen. Das ist aus der Zeit gefallen!« Aus der Zeit ist auch Scholz gefallen. Bei all der Kriegsrhetorik können wir froh sein, dass die Frage nach dem totalen Krieg ausblieb. Noch.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

Letzte Corona-Bastion: Gerichtssaal

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

Ein von unbeugsamen Richtern betriebene Justiz hört nicht auf, dem Virus durch die Maskenpflicht Widerstand zu leisten. Und das Leben ist nicht leicht für die Menschen, die als freie und mündige Bürger in die Gerichtssäle hinein wollen, um an ihr Recht zu gelangen.

Dieses frei nach »Asterix« zitierte Geschehen findet derzeit an nahezu allen Gerichten in Deutschland statt. Da ist zunächst der Zugang zum Gebäude. Hier hat der Direktor des Amtsgerichts beziehungsweise der Präsident des Landgerichts das Sagen. Und da die Justiz so schön unabhängig ist, macht diese von ihrem Hausrecht Gebrauch – eben unabhängig von den Vorgaben des Gesetzgebers. Im Gerichtssaal selber hat dann die anwesende Richterschaft das Sagen.

Und auch hier wird fleißig von der sogenannten sitzungspolizeilichen Verfügung zum Maskentragen weiterhin Gebrauch gemacht. So können sich Richter und Richterinnen entgegen dem Grundsatz, dass der Rechtsstaat Gesicht zeigen muss, weiterhin hinter dem Symbol der Grundrechtseinschränkungen verstecken. Die junge Richterschaft tut sich hier besonders hervor. Da wird die Verfügung noch nicht einmal schriftlich erlassen, ich zum »richtigen« Tragen angehalten, Zeugen das Versteckspiel gestattet und gelüftet, was das Zeug hält. Das sind meine Erlebnisse aus dem April 2022 – im Monat eins nach dem Ende der Pflicht. Laut § 176 Abs.2 GVG (Gerichtsverfassungsgesetz) besteht im Gerichtssaal Vermummungsverbot: »Der Vorsitzende kann Ausnahmen gestatten, wenn und soweit die Kenntlichmachung des Gesichts weder zur Identitätsfeststellung noch zur Beweiswürdigung notwendig ist.« Und zur Beweiswürdigung ist es in Strafverfahren sowohl bei der Einlassung des Angeklagten wie auch bei Zeugen nahezu immer notwendig.

All diese rechtswidrigen Vorkommnisse lasse ich stets sowohl für das Rechtsmittel wie auch für die Nach-Corona-Zeit zum Zwecke einer Aufarbeitung genauestens protokollieren.

Dirk Sattelmaier ist Rechtsanwalt und Journalist.



STUDIEREN NUR MIT MASKE?

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Nachdem die Corona-Verordnungen ausgelaufen und die »Maskenpflicht« weitgehend weggefallen ist, gingen viele öffentliche Einrichtungen dazu über, die Maskenpflicht auf eigene Veranlassung weiterzuführen. Gegen ein solches Vorgehen der Philipps-Universität Marburg haben wir am 10. April 2022 Widerspruch eingelegt und mit einem am gleichen Tag beim Verwaltungsgericht Gießen eingereichten Eilantrag Erfolg gehabt.

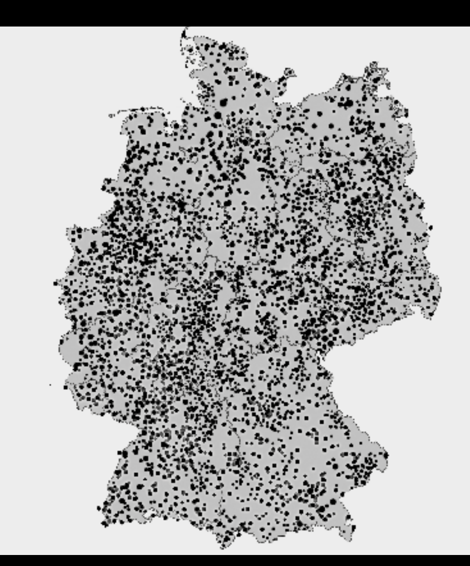
Das Verwaltungsgericht Gießen hat die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs wiederhergestellt. Die Entscheidung wurde am 2. Mai 2022 bekannt gegeben und veröffentlicht. Die Universität gab noch am Abend des gleichen Tages ein Pressestatement heraus und teilte mit, dass die Entscheidung nur für unseren Mandanten gelte und man im Übrigen an der Maskenpflicht festhalten werde. Die Universität ist offenbar der Ansicht, dass es sich bei unserem Mandanten um einen »verrückten Querulanten« handele und die große Mehrheit die Maskenpflicht befürworte und man daher an dieser festhalten müsse. Auf Freiwilligkeit beim Maskentragen will die Universität aber trotzdem nicht setzen, warum wohl?

Solche Vorgehensweisen zeigen, dass es wesentlich leichter war, die Maskenpflicht stückchenweise einzuführen und auszuweiten und letztlich eine unbedingte FFP2-Maskenpflicht anzuordnen, als nun den seit zwei Jahren fest in den Gehirnen, Vorstellungen und alltäglichen Lebensabläufen von »Autoritäts- und Führungspersonen« verankerte Maskenwahn aufzuheben und aufzugeben. Dies dürfte auch daran liegen, dass auch als die Masken noch staatlich verordnet wurden, die Durchführung und Kontrolle der Maskenpflicht gerade durch die einzelnen »Aufseher« in den Behörden durchgesetzt und überprüft wurde und eben nicht durch die Politiker, die diese verordnet haben. Ganz im Gegenteil: Die Politiker, die dem Volk die Masken zum eigenen Schutz verordnet haben, haben diese »Regeln« sehr häufig und äußerst öffentlichkeitswirksam selbst verletzt.

Die Maskenpflichten an diversen Hochschulen sind perfide, da sich die meisten Studenten aus wirtschaftlichen Gründen nicht dagegen wehren können. Wer keine Rechtsschutzversicherung hat, oder zusammenlegt, wird daher möglicherweise weiterhin (rechtswidrig) nicht frei atmen dürfen.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung.

IMMER MONTAGS!

Seit 28. März 2020 geht die Demokratiebewegung mit dem Grundgesetz spazieren. In über 2.000 Orten in Deutschland demonstriert die größte und langanhaltendste Erhebung der Geschichte jeden Montag für unsere Grund- und Freiheitsrechte. Unten sind die größten Spaziergänge aufgelistet. Auf *NichtOhneUns.de* und beispielsweise online in t.me/zaehlerspaziergänge finden Sie die Liste aller über 2.250 gemeldeten Montagsdemonstrationen. Wir nennen hier größere Spaziergänge aus jeder Region, an denen Sie sich orientieren können.

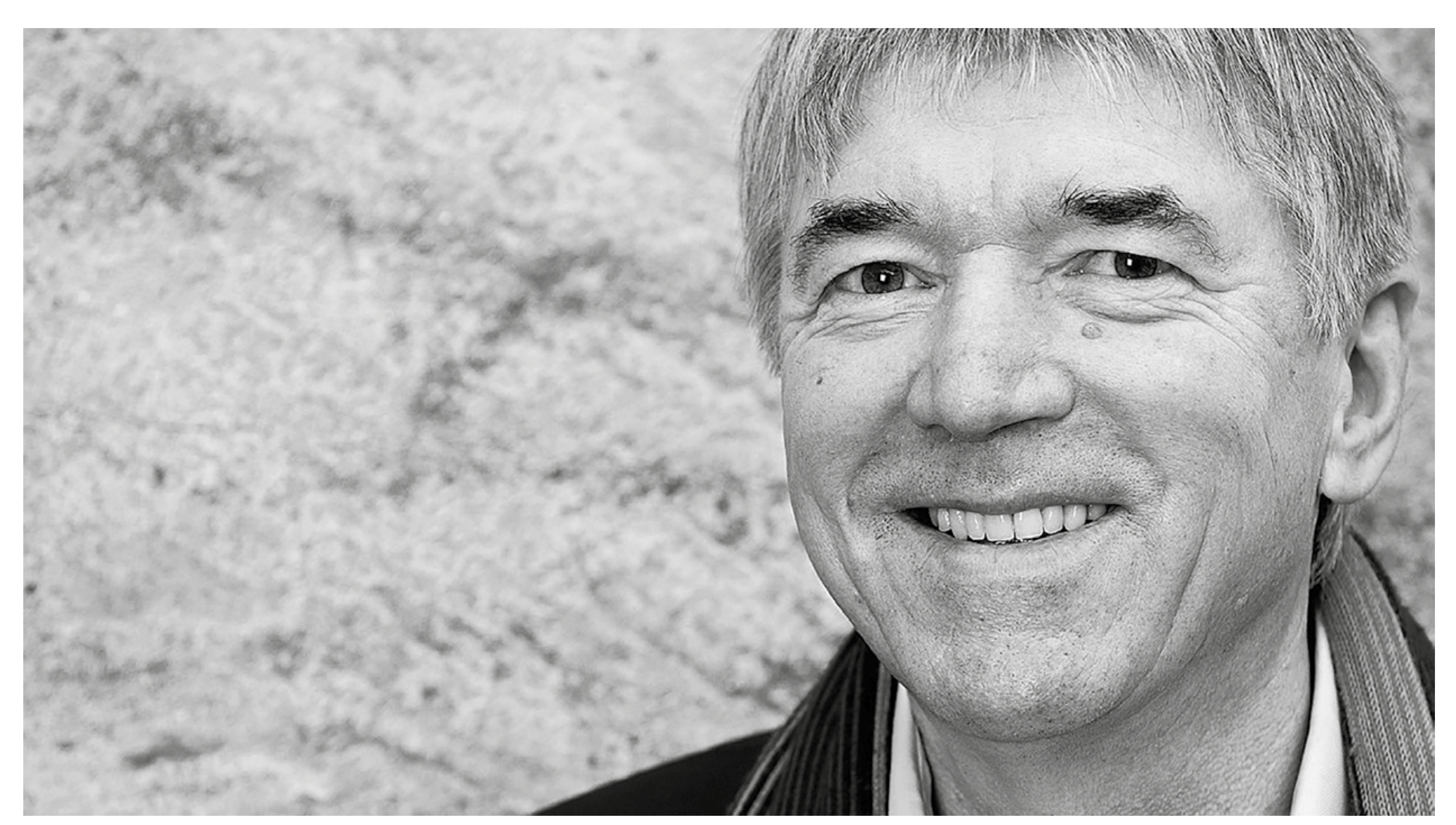
MONTAGSSPAZIERGÄNGE FÜR AUFKLÄRUNG UND GEGEN JEDEN IMPFZWANG
ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus – ALTWARMBÜCHEN, 18 Uhr, am Rathaus – ANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Marktplatz – ARNIS, 18 Uhr, Schifferkirche – ATTENDORN, 18 Uhr, am Rathaus – BAD LANGENSALZA, 19 Uhr, vor dem Teeladen – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BERLIN-PANKOW, 17:45 Uhr, Alte Pfarrkirche – BIBESHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – BÜRGEL, 18 Uhr, am Schützenhaus –DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus– EINBECK, 18 Uhr, am Till Eulenspiegel Brunnen – ELMSHORN, 18:30 Uhr, am Rathaus – FREIGERICHT, 18:30 Uhr, am Rathaus – FRITZLAR, 18:00 Uhr, am Marktplatz – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – GLASHÜTTEN, 18 Uhr, am Bürgerhaus – GRIMMEN, 18 Uhr, am Kulturhaus Europas – HAMMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – HOFGEISMAR, 18 Uhr, am Rathhaus – LANGENSELBOLD, 18:30 Uhr, am Marktplatz – LIPPSTADT, 18 Uhr, am Rathausplatz – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – OESTRICH-WINKEL, 18 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – PFEDELBACH, 18 Uhr, am Rathaus – PLÜDERHAUSEN, 18 Uhr, am Marktplatz – RÖBEL, 18 Uhr, am Rathaus – SELIGENSTADT, 18:30 Uhr, am Kapellenplatz.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

7.5.2022 17-20 Uhr (jeden Sa)	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug für Frieden, Rechtsstaatlichkeit auch in Deutschland und ein Ende des Corona-Regimes
7.5.2022 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung für Wahrheit und Freiheit
7.5.2022 15-19 Uhr (jeden Sa)	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Versammlung und Umzug – Impfzwang, nicht mit uns!
7.5.2022 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden und Naturrechte
7.5.2022 13-18 Uhr (jeden Sa)	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
7.5.2022 15:30-20 Uhr (jeden Sa)	Essen, Willy-Brand-Platz	Offenes Mikrophon für die Freiheitsrechte
7.5.2022 14-15 Uhr (jeden Sa)	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Aufzug für Freiheit, Menschlichkeit und Vernunft
7.5.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Am Bahnhof	Demo für Frieden und Freiheit
7.5.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo gegen die Corona-Maßnahmen
7.5.2022 15-16 Uhr (jeden Sa, wenn Demo verboten)	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergänger erkennen sich am Grundgesetz
7.5.2022 14-18 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Ritter-Brüning-Straße, neben Hochschule	Autokorso für Grundrechte und den Erhalt des Mittelstandes und des Friedens
7.5.2022 14:30-18 Uhr (jeden Sa)	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug für ein humanes und aufgeklärtes Miteinander und eine evidenzbasierte Politik
7.5.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang für die Freiheit
7.5.2022 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit dem Grundgesetz
7.5.2022 16 -19 Uhr (jeden Sa)	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang für das Grundgesetz
8.5.2022 14-17 Uhr (jeden So)	Baden-Baden, Augustaplatz	Kundgebung und Umzug – Umzug für die Opfer anhaltender staatlicher Willkür
8.5.2022 18-20 Uhr (jeden So)	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst für Grundrechte und Wissenschaftlichkeit
8.5.2022 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Kundgebung für unsere Freiheit und Grundrechte
08.5.2022 17-20 Uhr (jeden So)	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang für das Grundgesetz
9.5.2022 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang für Grundrechte
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang mit Grundgesetz für die freie Republik
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Anklam, Marktplatz am Rathaus	Spaziergang gegen den Totalitarismus
9.5.2022 18-20 Uhr	Auerbach, Altmarkt	Montagsspaziergang für Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang für die Republik
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden 2., 3. und 4. Mo im Monat)	Bad Dürkheim, Wurstmarkt Parkplatz	Offenes Mikrofon – Miteinander reden, gemeinsame Wege finden
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Bad Friedrichshall am Neckar, Rathaus	Spaziergang zum Ende des Corona-Regimes
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang für die Menschenrechte
9.5.2022 18-22 Uhr (jeden Mo)	Bad-Kreuznach, Kornmarkt	Spaziergang für Grundgesetz
9.5.2022 18-10.1.2022 (jeden Mo)	Bamberg, Bahnhof	Spaziergang gegen die Corona-Auflagen und für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung
9.5.2022 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Bayreuth, Rathaus	Kundgebung gegen die Zwangsimpfung
9.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang zur Beendigung des Corona-Regimes
9.5.2022 12-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
9.5.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Berlin-Karlshorst, Treskowallee Ecke Ehrenfelsstraße	Spaziergang für das Ende des Corona-Regimes
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berchtesgaden, Rathausplatz	Spaziergang für Demokratie, körperliche Unversehrtheit und gegen den Führerkult
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz	Abendläuten
9.5.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner Str./Bandhausstraße	Aufzug mit Abschlusskundgebung und offenem Mikro am Festplatz
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Breisach am Rhein, Stadteingangsparkplatz nahe Bahnhof	Montagsspaziergang zum Sturz des Corona-Regimes
9.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
9.5.2022 17-1 Uhr (jeden Mo)	Darmstadt, Friedensplatz	Mahnwache gegen das Corona-Regime
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Dettingen/Erms, Rathaus	Spaziergang mit Kerzenschein
9.5.2022 17:30-19 Uhr (jeden Mo)	Dresden-Löbtau, Conertplatz	Montagsdemo für Demokratie, Frieden und Freiheit
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung gegen die Corona-Maßnahmen
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang für die Republik
9.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Lutherdenkmal, Anger	Spaziergang für Grundrechte
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Erlenbach/Ba-Wü, Rathaus	Spaziergang für Menschenrecht, Republik und Wissenschaft
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Falkensee, Rathaus	Spaziergang gegen Hygienediktatur und Corona-Tyrannei für Grund- und Freiheitsrechte
9.5.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Görlitz, Postplatz	Versammlung für Grundgesetz und Demokratie
9.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Greifswald, Mühlentor	Demo für Normalität statt Ausnahmezustand, Nein zur Impfapartheid und für eine offene Gesellschaft
9.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang für das Grundgesetz
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Kirchheim bei München, Rathaus	Spaziergang für die freie Republik
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Marktstätte	Montagsspaziergang
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Montagsspaziergang
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königswinter/NRW, Rathaus	Spaziergang mit dem Grundgesetz
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Montagsspaziergang
9.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Lahr/Schwarzwald, Rathausplatz	Spaziergang gegen das Corona-Regime
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang mit Grundgesetz, Kerzen und Laternen
9.5.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Montagsspaziergang
9.5.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Magdeburg, Domplatz	Montagsdemonstration für das Grundgesetz
9.5.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Mainz, Ernst Ludwig	Mainzer Schilderlauf für Freiheit, Grundrechte, Frieden und öffentlichen Diskurs
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Montagsspaziergang - Gemeinsam gegen Totalitarismus
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang für Demokratie, Gewaltenteilung und Grundrechte
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang gegen das Corona-Regime
9.5.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Neuenstadt am Kocher, Lindenplatz	Spaziergang zum Sturz der Regierung
9.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang mit dem Grundgesetz
9.5.2022 18:30-20:30 Uhr (jeden Mo)	Nürnberg, Kornmarkt	Nürnberg bewegt sich
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Öhringen im Hohenlohischen, Alte Sporthalle	Spaziergang für die Republik
9.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Oettingen, Rathaus	Spaziergang mit Grundgesetz
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung für Grundrechte und Beendigung des Lockdowns
9.5.2022 17:30-20 Uhr (jeden Mo)	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Montagsspaziergang mit Kerzen und Grundgesetz
9.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Papenburg, Antoniuskirche	Montagsspaziergang für Grundrechte
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Pforzheim, Marktplatz	Grundgesetzkonformer Spaziergang für die freie Republik
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache gegen Grundrechtsverletzungen, Überwachung und Kriegstreiberei
9.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Montagsspaziergang zum Kennenlernen und Pläneschmieden
9.5.202218-20 Uhr (jeden Mo)	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang gegen die Zwangsimpfe und für Demokratie auch in Deutschland
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Rotenburg (Wümme), Heimathaus in der Burgstraße	Spaziergang für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Rottweil, Markt	Spaziergang für Grundgesetz, Gesundheit und das Ende des Maßnahmen-Regimes
9.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang für zur Beendigung des Corona-Regimes
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo für freie Impfentscheidung
9.5.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Senftenberg, Marktplatz	»Senftenberg is Resistance« – Spaziergang für Freiheit
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung	Spaziergang mit Musik, Gesang und Grundgesetz
9.5.2022 17-19 Uhr (jeden Mo)	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo mit Pfeifen und Trompeten
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang für die Republik, die Freiheit und zivilisierten Umgang
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang für die freie Bundesrepublik
9.5.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang mit Kerzen und Verfassung
9.5.2022 18:30-20:30 Uhr (jeden Mo)	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang für das Grundgesetz und die freie Republik
9.5.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo für das Grundgesetz
9.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Wismar, Markt	Versammlung gegen Zwangsimpfung und für das Ende des Notstands-Regimes
9.5.2022 18:30-20 Uhr (jeden Mo)	Wolfratshausen, Sauerlacher Straße Ecke Schießstätterstraße	Montagsspaziergang gegen die Impfpflicht
9.5.2022 19-21:30 Uhr (jeden Mo)	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung für die Grundrechte
9.5.202218-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Frauentor gegenüber Ringcafé	Montagsdemo, Wir müssen reden!
10.5.2022 16:30-18:00 Uhr (jeden Di)	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und dem Mittelstreifen der Schlossstraße	Schilderaktion
10.5.2022 18-21 Uhr (jeden Di)	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang gegen die Corona-Maßnahmen
10.5.2022 18-20 Uhr (jeden Di)	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang für Grundrechte, Gewaltenteilung und die freie Republik
10.5.2022 18-19 Uhr (jeden Di)	Scharbeutz, Seebrücke Haffkrug	Spaziergang - »Wir gehen nicht mit Euch baden«
10.5.2022 18-19 Uhr (jeden Di)	Vechelde, Rathaus	Spaziergang zum Sturz der Regierung
10.5.2022 19-21 Uhr (jeden Di)	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang gegen das Corona-Regime
11.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mi)	Bruchsal, Otto-Oppenheimer-Platz	Angemeldeter Spaziergang mit Grundgesetz
11.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mi)	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang mit Grundgesetz
11.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mi)	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo gegen die Zwangsmaßnahmen für die Mitarbeiter in medizinischen Einrichtungen
11.5.2022 18-20 Uhr (jeden Mi)	Königswinter-Oberpleis/NRW, Rathaus	Spaziergang für die Republik
11.5.2022 17-19 Uhr (jeden Mi)	Landshut, Martinskirche	Andacht für die Republik mit Gesang und Gebet
11.5.2022 19-21 Uhr (jeden Mi)	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo für Grundrechte, Republik und die Freiheit
11.5.2022 17:30-20 Uhr (jeden Mi)	München, Ort wird noch bekannt gegeben, München Steht Auf	Shoppen gehen mit Grundgesetz zum Sturz der Regierung
11.5.2022 18-19:30 Uhr (jeden Mi)	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen zum Kennenlernen und Pläneschmieden
11.5.2022 17:30-19 Uhr (jeden Mi)	Ohlstadt/Oberbayern, Maibaum im Oberdorf gegenüber vom Rathaus	Mittwochsspaziergang zum Sturz des Corona-Regimes
12.5.2022 16:00-18 Uhr (jeden Do)	Berlin-Charlottenburg, Wilmersdorfer Str./Goethestraße	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog
12.5.2022 17:30-19 Uhr (jeden Do)	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
12.5.2022 19-21 Uhr (jeden Do)	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang für das Grundgesetz und die Menschenrechte
12.5.2022 18:30-21 Uhr (jeden Do)	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang zur Beendigung des Corona-Regimes
12.5.2022 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz, direkt am S-Bahnhof	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
13.5.2022 16-19 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für das Ende des Corona-Regimes
13.5.2022 18-20 Uhr (jeden Fr)	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo gegen die Corona-Maßnahmen und für die Republik
14.5.2022 17-20 Uhr (jeden Sa)	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug für Frieden, Rechtsstaatlichkeit auch in Deutschland und ein Ende des Corona-Regimes
14.5.2022 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung für Wahrheit und Freiheit
14.5.2022 15-19 Uhr (jeden Sa)	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Umzug und Demo gegen den Impfzwang
14.5.2022 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden und Naturrechte
14.5.2022 13-18 Uhr (jeden Sa)	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
14.5.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug für Frieden, Freiheit, Menschlichkeit und Vernunft
14.5.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden und Freiheit
14.5.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo gegen die Corona-Maßnahmen
14.5.2022 15:30-18 Uhr (alle zwei Wochen)	Kassel, Königsplatz	Demo – Grundrechte sind nicht verhandelbar
14.5.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang für die Freiheit
14.5.2022 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit dem Grundgesetz
14.5.2022 15:30-18 Uhr (jeden Sa)	Pforzheim, Marktplatz	Demo für Grundgesetz, Republik und Wissenschaftlichkeit
14.5.2022 16 -19 Uhr (jeden Sa)	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang für das Grundgesetz
15.5.2022 14-17 Uhr (jeden So)	Baden-Baden, Augustaplatz	Kundgebung und Umzug – für Frieden zwischen Deutschland und Russland
15.5.2022 18-20 Uhr (jeden So)	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst für Grundrechte und Wissenschaftlichkeit
15.5.2022 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Kundgebung für unsere Freiheit und Grundrechte
15.5.2022 17-20 Uhr (jeden So)	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang für das Grundgesetz
28.5.2022 15-18 Uhr (jeden letzten Sa im Monat)	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Demo für Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung und eine freie Impfentscheidung
29.5.222 14-19 Uhr	Solingen, Bahnstr. Am Bahnhofsplatz	Großdemo gegen jede Impfpflicht, für die Grundrechte und die Aufhebung aller Corona Maßnahmen

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



Franz Ruppert, Professor für Psychologie: »Eine traumatisierte Psyche wehrt sich gegen Selbsterkenntnis, indem sie sich auf das Außen fixiert, sich im Reden, im Aktionismus und im Kämpfen verliert.« Foto: Arenda Oomen, Wikimedia

WIDERSTAND IN EINER TRAUMATISIERTEN GESELLSCHAFT

»Wer sich selbst nicht versteht, versteht auch die Welt nicht.« Der Münchner Trauma-Forscher Prof. Dr. Franz Ruppert im INTERVIEW

Demokratischer Widerstand: Sehr geehrter Herr Ruppert, Sie beschäftigen sich hauptsächlich mit Trauma-Forschung. Wie können wir aus Ihrer Arbeit Nutzen für die Demokratiebewegung ziehen?
Franz Ruppert. Für mich ist das ganz klar: das Persönliche ist politisch, und das Politische ist persönlich. Wir werden in bestehende gesellschaftliche Verhältnisse hineingeboren. Und was da draußen politisch wirkt, beeinflusst natürlich auch unsere innere Entwicklung. Wenn wir beispielsweise ein Gesundheitssystem haben, dass Menschen wie Objekte behandelt, sind sie relativ früh auch schon beschädigt. Das fängt ja schon beim Geburtsprozess an. Traumatisierte Menschen gehen dann in die Politik und beeinflussen die Verhältnisse. Alles hängt miteinander zusammen. Es ist also ratsam für jeden, auch in der Demokratiebewegung, sich mit seinen Traumata auseinanderzusetzen, um nach außen hin Positives bewirken zu können. Wenn man Politik aus der Überlebensstrategie heraus betreibt, kommt es schnell zu Streitigkeiten und Misserfolg. Man hat das zum Beispiel auch in der Basis-Partei gesehen, wie schnell die ursprüngliche Einigkeit verloren gegangen ist.

Ihnen wird oft vorgeworfen, dass sie alles auf das Thema Trauma reduzieren.
Für mich geht es darum, realistisch zu sein, nicht von Wunschvorstellungen oder Ideologien auszugehen. Dafür muss man die Entwicklung der Menschen genauer studieren. Wenn man sich anschaut, wie viel Leid erzeugt wird, zum Beispiel durch Kriege, wenn man sich anschaut wie viel Gewalt auch in ganz »normalen« Mann-Frau-Beziehungen ist, wenn man sich die Gewalt in der gesamten Gesellschaft anschaut, muss man sich die Frage stellen: Wer hat denn das Glück, ungeschoren davonzukommen? Auch wenn fast alle Menschen irgendwie traumatisiert sind, haben sie noch gesunde Strukturen, auf die sie zurückgreifen können. Der Bezug auf die eigenen gesunden Strukturen hilft dann auch, aus den traumatisch bedingten Spaltungen herauszukommen.

Wie kommen wir da heraus?
Wir dürfen Problemlösungen nicht auf der Ebene suchen, wo das Problem gar nicht gelöst wird. Das meiste, was wir aus unserer frühen Kindheit als Trauma mitnehmen, hat mit emotionalen Problemen zu tun. Wir haben Unsicherheiten in uns, Todesängste, Verlassenheitsängste, das Gefühl, nicht geliebt zu werden und so weiter. Diese starken Emotionen haben wir abgespalten, und die lassen sich nicht durch Yoga, Meditation oder Medikamente beseitigen. Emotionale Probleme müssen auf der Ebene gelöst werden, wo sie entstanden sind: wenn es der Schmerz ist, abgelehnt worden zu sein, dann muss man in diesen Schmerz wieder eintauchen, nochmal Kontakt aufbauen, damit man aus dieser Spannung herauskommt. Das Problem kann man nicht wegdiskutieren oder »wegaktionieren«, sondern nur durch die emotionale Arbeit beseitigen.

Wer hat denn schon Lust auf Schmerz?
Genau das ist der Punkt. Die Kritik an meinem »Trauma-Gerede« rührt von daher. »Ich habe keine Lust auf Schmerz, also kann das auch nicht wahr sein.« Die Kind-Anteile in uns, die wir oftmals unterdrücken, leiden. Diese Anteile schicken Signale zum Beispiel über körperliche Symptome. Wenn wir ihnen nicht auf der Ursachenebene begegnen und nur Symptome bekämpfen, entstehen neue Probleme.

Sollen wir also nur in den politischen Widerstand gehen, wenn wir all unsere Traumata aufgelöst haben?
Nein, das geht Hand in Hand. Wenn wir beispielsweise eine Beziehung eingehen, dann müssen wir auch nicht zu 100 Prozent gesund sein. Die Beziehung beziehungsweise die politische Arbeit gibt uns die Chance, über unsere Anliegen klarzuwerden und den inneren Reifungsprozess voranzutreiben. Dieser Prozess geht nur über die Auseinandersetzung mit dem Äußeren. In der Politik sieht man sehr klar all die infantilen und primitiven Mechanismen, die wirken können. »Hau-drauf«-Mentalität, beleidigt sein, sich zurückziehen, die anderen dämonisieren und so weiter. Auch die ganze Corona-Erzählung war dermaßen primitiv. Da soll es einen ganz gefährlichen Virus geben, der uns alle bedroht: alles total verkürzt. Und das resoniert bei so vielen Menschen, weil wir in einer infantilen Gesellschaft leben. Auch im Widerstand zeigen sich solche Muster. Es ist also wichtig, reflektiert an die Sache heranzugehen, uns die Frage zu stellen: Was spiegelt das Äußere in uns wider? Warum habe ich diese oder jene Krankheit? Das Leben bietet uns permanent Chancen, unsere Traumata zu erkennen und zu lösen.

Vielen Dank für dieses Gespräch, Herr Ruppert.
Die Fragen stellte DW-Redakteur Alexander Wagner



URTEIL GEGEN ECHTEN POLIZISTEN

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Das Verwaltungsgericht Hannover hat am 28. April 2022 in erster Instanz der Klage der Polizeidirektion Hannover stattgegeben, mit der unser Vereinsmitglied Michael Fritsch aus dem Beamtenverhältnis entfernt werden soll.

Der Vorsitzende Richter sprach von der »Verbreitung von Verschwörungstheorien« und der »Verunglimpfung staatlicher Organe«. Der Vorsitzende wollte auch eine »Nähe zur Reichsbürger-Bewegung« erkannt haben. Die Urteilsbegründung bleibt abzuwarten, um zu erfahren, ob diese Schlagworte wirklich herangezogen werden. Taugliche Belege für eine verfassungsfeindliche Einstellung wurden nicht erörtert. Vertreter unseres Vereins verfolgten die Sitzung. Das negative Urteil kam aufgrund der Inhalte und Erklärungen der mündlichen Verhandlung überraschend. Michael Fritsch bleibt aber bis zu einem rechtskräftigen Urteil Beamter und geht in die Berufung.

Der Zugang zum Gericht war durch die 3G-Regel stark eingeschränkt. Im Gebäude (außer im Gerichtssaal) herrschte FFP2-Maskenpflicht. Nur 15 Personen konnten im Zuschauerbereich des Gerichtssaales Platz nehmen. Neun Plätze hatte das Gericht im Vorfeld für Vertreter der Medien reserviert. Die mündliche Verhandlung dauerte von 9:30 bis 11 Uhr. Um 12 Uhr wurde das Urteil verkündet. Da es sich auch weiter um ein laufendes Verfahren handelt, wären tiefergehende Ausführungen für das weitere Verfahren schädlich, wir bitten um Verständnis.

Michael Fritsch wurde vereinsseitig bestmöglich unterstützt. Dies wird weiterhin der Fall sein. Wir sind für die nächste Instanz zuversichtlich. Fakten, die eine Entfernung aus dem Beamtenverhältnis rechtfertigen könnten, gibt es nicht.

Weitere Informationen über die Arbeit des Vereines, die Mitgliedschaft und die Unterstützungsmöglichkeiten findet ihr Sie auf der Homepage *www.echte-polizisten.de*, auf Telegram, sowie auf Facebook jeweils unter dem Namen »Polizisten für Aufklärung«. Die Mitglieder setzen sich für die Wertekultur der staatsbürgerlichen Rechte einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft und deren Grundrechte ein.

Der Verein Polizisten für Aufklärung ist im Internet unter www.echte-polizisten.de zu erreichen.

»Die Geschichte des Freien Patrioten«

Oder »Ich stehe hier, weil Frau Merkel nicht will, dass ich hier stehe« | Von Hannes Henkelmann

In Altenberge bei Münster treffe ich Herrn Weilerswist, besser bekannt unter seinem Pseudonym »Freier Patriot«. Wir sprechen über einen Hut, eine Schublade und zwei Polizeikontrollen.

Stellen Sie sich doch bitte vor!
Mein Name ist Peter Weilerswist, ich bin 49 Jahre alt und single. Seit zwei Jahren bin ich im Widerstand gegen die Corona-Maßnahmen. Das ist mein Lebensinhalt, abgesehen vielleicht von meiner Leidenschaft für Ausdauer- und Kampfsport.

Sie sind als Aktivist inzwischen überregional bekannt. Ihr Barett ist Ihr Markenzeichen geworden. Was hat es damit auf sich? Ist es ein modisches Accessoire oder ein politisches Statement?
Das Barett trage ich schon seit den 80er Jahren. Damals war es en vogue, ich trug es eher als modisches Beiwerk. Inzwischen soll es meine Entschlossenheit symbolisieren, mit der ich mich gegen das menschenverachtende Corona-Regime stelle.

Werden Sie oft auf Ihre Kopfbedeckung angesprochen?
Nicht nur auf das Barett, sondern auf mein ganzes Outfit. Leider werde ich aber aufgrund dessen militärischer Charakteristik immer wieder in die rechte Schublade gepackt, von wegen Nazi, rechtsradikal et cetera. Ich kann ja damit leben, dass die Antifa mich so diffamiert, aber es enttäuscht mich, dass ich mich auch vor meinen Mitstreitern ständig rechtfertigen soll. Nun – ein für alle Mal – ich war nie ein Rechter, jedenfalls nicht, wenn man die Maßstäbe aus der Zeit vor Corona anlegt. Wenn Sie aber unbedingt eine politische Einordnung vornehmen wollen, dann können Sie gerne schreiben, Weilerswist ist ein Patriot. Und meine Definition liefere ich Ihnen gleich mit: Ein Patriot liebt sein Land, und ein Nationalist hasst andere Länder.


Peter Weilerswist: Die menschenverachtenden Corona-Maßnahmen machten ihn zum patriotischen Vollzeitwiderständler. *Foto: Hannes Henkelmann*

Was hat Sie in den Widerstand gebracht?
In erster Linie, weil der Staat sehr tief in alle Aspekte meines Lebens eingegriffen hat. Und das wurde ja auch noch am 18. November 2020, am Tag der Schande, legalisiert, als unser Grundgesetz endgültig vom Infektionsschutzgesetz einkassiert wurde. Da war ich auch auf der großen Demo in Berlin und habe einem inzwischen verbotenen Sender ein Interview gegeben. Und auf die Frage, warum ich dort mit demonstriere, habe ich geantwortet: »Ich stehe hier, weil Frau Merkel nicht will, dass ich hier stehe«. An dem Tag und irgendwie mit dem Satz wurde aus einem Teilzeitwiderständler ein Vollzeitwiderständler. Leider kollidierten im Laufe der Zeit meine Ideale immer öfter mit den Vorstellungen der Gesetzeshüter. Die hatten mich ziemlich zügig auf dem Radar, und demnächst steht der *Showdown* unserer Auseinandersetzung an. Wir treffen uns vor Gericht.

Was haben Sie angestellt?
Die richtige Frage wäre, was haben die Gesetzeshüter mit mir angestellt. Zweimal gab es in Düsseldorf auf einer Demo Diskussionen um den Gehorsamslappen und um das Abstandsgebot, zweimal endete es mit einer Strafanzeige. Beim ersten Mal stieß mir ein Polizist mehrfach gegen die Brust, obwohl ich, und das möchte ich betonen, friedlich war. Dann ging alles blitzschnell, ein Trupp von Beamten kam von hinten und warf mich zu Boden. Ich musste einige Tritte einstecken, einer kniete auf meiner Brust, sodass ich kaum Luft bekam. Man legte mir Handschellen an und stellte mich anschließend auf die Beine. Minimum 15 Beamte hatten mich inzwischen eingekreist. Das war wie im Film, wenn ein Sonderkommando einen Drogenbaron Hops nimmt.

Beim zweiten Mal hatte ich dann mehr Glück. Da ging es ohne Tritte und den Umweg über den Boden. Es gab gleich Handschellen. Mir wird nun Widerstand gegen die Staatsgewalt, versuchte Körperverletzung und versuchte Gefangenenbefreiung vorgeworfen. Mich wundert, dass sie nicht auch noch versucht haben, mir die geplante Entführung vom Klabautermann ans Zeug zu flicken.

In der letzten Woche kam es nun zum Prozess. Wie ist es gelaufen?
Nun, ich muss meinem Rechtsanwalt Dirk Sattelmaier wirklich ein großes Kompliment machen, denn er hat es geschafft, dass sich alle von der Staatsanwaltschaft aufgefahrenen Belastungszeugen in Widersprüche verwickelt haben. Unglaublich war auch ihr Versuch, ihr eigenes brutales Vorgehen damit rechtfertigen zu wollen, dass die Querdenker ja so bekannt für ihre Aggressivität seien. Unglaublich. Und das Ende vom Lied war, dass der Richter noch einen zweiten Verhandlungstag für den 18. Mai 2022 anberaumt hat.


Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

GESPENSTER

Ich bin ja verrückt,
ich seh ja Gespenster
die gucken im obersten Stock
aus dem Fenster
und deuten herunter aufs
Straßengewühl
und rechnen und schließen
und finden dann kühl
es sei des Gewimmels
bei Weitem zu viel.

Die atmen Gestank,
Tag und Trug zu verweben
das macht mich krank,
ja, ich krieg das Gefühl
die Straße zur Hölle
ist glauben und streben –
die wolln nicht nur rauben,
die wolln uns ans Leben.

– Henning Aikens,
Ostseeküste

BEVÖLKERUNGSREDUKTION

Gibt es weltweit auch nur einen einzigen Beweis dafür, dass auch nur ein einziger Mensch weltweit mit Hilfe dieser mRNA-Lösung vor dem Tod oder auch nur vor einer schweren Krankheit geschützt wurde? Laut *Impfnebenwirkungen.net* auf Basiszahlen der EMA und des PEI sterben pro einer Million Impfungen circa 14 Bürger. Das ergäbe bei einer sechswöchigen »Immunisierung« bei 80 Millionen Einwohnern neun Impfungen pro Jahr, 720 mal 14 = 10.000 Ermordete. Das ist eigentlich zu wenig, um die Weltbevölkerung maßgeblich zu reduzieren. Aber wie Markus Fiedler berichtet, wurden laut der Vaers-Datenbank der CDC 2021 bereits 3.527 Fehlgeburten (300% über dem Durchschnitt der letzten Jahre) registriert. Nicht zu vergessen, dass Geimpfte nachweislich anfälliger für Infektionen sind. (Prof. Jerris, Israel) Zeigen die Impfungen also Wirkung? Ja! Gegen Corona? Nein! – Egon S.

STOLZ: JA ÜBERHEBLICHKEIT: NEIN

Mich hat Eure Zeitung immer gestützt, befeuert, informiert und ich habe sie gerne demonstrativ in der S-Bahn gelesen. Ihr leistet einen wichtigen und unersetzlichen Beitrag im Widerstand. In den letzten Monaten bin ich jedoch abgeschreckt durch Eure Überheblichkeit.

Ich meine Aussagen wie »die Gründer der Demokratiebewegung« oder dass die Demokratiebewegung von Euch aus ihren Lauf um die ganze Welt nahm. Stolz und ein gewisser reißerischer Ton sei Euch zugestanden, jedoch wünschte ich, Ihr würdet Eure Selbstverliebtheit für Euch behalten oder sie anders zum Ausdruck bringen als mit Macht- und Urheberrechtsansprüchen. Ich habe Hoffnung und bleibe zunächst an Eurer Seite.
– Sinja K.,
Berlin-Neukölln

ÖFFENTLICH-RECHTLICHE DRECKSCHLEUDERN

Was bringt Menschen dazu, andere, weil sie auf der Straße Russisch sprechen, anzugreifen, zu beschimpfen und herabzuwürdigen? Die Ursache dieser Angriffe sind Medien, welche im Regierungsauftrag schon zwei Jahre völlig falsche Informationen 24 Stunden am Tag dem Volk einhämmern. Gibt es denn keine Möglichkeit, Dreckschleudern wie ARD, ZDF und Phoenix abzuschalten? Dann wären die täglichen Drogen genommen und die Entzugserscheinungen könnten zum Nachdenken anregen.
– Hans Steffen R., Chemnitz

Nichts mehr los im Dorf

Die Verödung ländlicher Regionen schreitet munter voran. Digitalisierung und Bargeldabschaffung beschleunigen den Abwärtstrend zusätzlich. | Von Hermann Ploppa

Ich bin gerade in Südfrankreich. Dabei fahren wir häufig durch Orte, wo man kein Geschäft und nicht eine einzige Gaststätte erblickt. Es sind nicht einmal Menschen auf der Straße. Dasselbe Bild natürlich auch in vielen deutschen Regionen. Nicht nur im Westerwald.

Gelegentlich sieht man an Bushaltestellen Gruppen gelangweilter Jugendlicher herumlungern. Kein Wunder. Das Jugendzentrum ist schon lange geschlossen. Im Youtube-Zeitalter sind selbst die Videotheken und Pornoshops geschlossen. In meiner Schleswig-Holsteinischen Mittelpunktgemeinde gab es im Jahre 2004: ein Rechtsanwaltsbüro, zwei Zahnarztpraxen, eine niedergelassene Ärztin und eine mit echten Personen bestückte Sparkassenfiliale. Heute ist die Arztpraxis wohl noch da. Rechtsanwalt, Zahnärzte und Sparkasse sind weg. Dieser Trend macht ländliche Regionen, die nicht an Großstädte angrenzen, zu Geisterorten.

Warum eigentlich? In Städten gibt es immerhin 22 Prozent Mitbürger, die als »kaufkraftarm« gelten – auf dem Land sind das lediglich 14 Prozent. »Kaufkraftarm« meint: Was bleibt einem eigentlich noch übrig zum Einkaufen, wenn Miete, Strom, Heizung und sonstige laufende Kosten abgezogen sind? Wohnungen sind generell auf dem Land billiger als in der Stadt. Und obwohl die Leute sich in der Stadt weniger leisten können als auf dem Land, streben gerade junge Leute wie vom Magneten angezogen in die großen Städte. Folge: Die Bevölkerung auf dem Land wird statistisch gesehen immer älter und damit auch bezüglich Dienstleistungen immer anspruchsvoller.

LÄNDLICHE ABWÄRTSSPIRALE

Doch ungeachtet der gehobenen Ansprüche hält die Verödung der ländlichen Gebiete nicht nur unvermindert an. Die Verödung wird sich noch weiter beschleunigen. Wer mal eben in seinem Dorf Milch und Butter einkaufen will, hat verloren. Er muss möglicherweise zehn Kilometer bis zum nächsten Lebensmittel-Discounter fahren. Zwischen dem Jahr 1990 und 2017 sind 47.597 Lebensmitteleinzelhändler vom Markt verschwunden. Damit sind in dieser Zeit 87 Prozent aller Geschäfte mit einer Ladenfläche unterhalb von 4.000 Quadratmetern ausgelöscht worden.

Und wer auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen ist, hat ebenfalls verloren. Die Kommunen beauftragen private Busfirmen mit Personentransporten. Weil immer mehr Leute auf ihr eigenes Fahrzeug setzen, fahren immer weniger Passagiere mit Bus oder Bahn. Die Linien zu befahren »rechnet sich nicht«. Die Strecken werden mit anderen Strecken zusammengelegt. Nun sind die Strecken noch länger und die Fahrt dauert ewig. Noch weniger Leute fahren mit Bus und Bahn. Was zu weiteren Streckenstilllegungen führt. Gut gemeinte Versuche, mit Sammel-Taxis und -Bussen oder Mitnahmestationen diese Engpässe auszugleichen, sind durch die Züchtung von Corona-Panik erfolgreich vernichtet worden.

Ähnlich desolat sieht es bei der ärztlichen Versorgung auf dem »flachen Land« aus. Arztpraxen schließen reihenweise. Der gute Hausarzt, der in seinem Berufsleben drei Generationen betreut hat, hört altersbedingt auf – und findet keinen Nachfolger. So rechnet die Bosch-Stiftung vor, dass bis zum Jahr 2035 weitere 11.000 Arztpraxen auf dem Land geschlossen werden. Die jungen Ärzte arbeiten lieber abhängig beschäftigt in städtischen Einrichtungen. Währenddessen werden die Einwohner im ländlichen Raum immer älter. Und damit steigt der Bedarf an ärztlichen Leistungen.

PRIVATISIERUNG VERNICHTET LEBENSQUALITÄT

Ein wesentlicher Faktor, der die Land-Verödung weiter beschleunigt, liegt in der zunehmend schlechten Versorgung der Bevölkerung mit Bargeld. Denn 2005 gab es noch annähernd 50.000 Bankfilialen in Deutschland. Im Jahre 2020 sind davon 24.100 übrig geblieben, und 2025 sollen es noch gerade 16.000 Filialen geben. Und selbst die anonymen Geldautomaten werden wieder abgeräumt. *Onlinebanking* ist durch Corona noch einmal attraktiver geworden. An die Stelle der Geldautomaten von Banken treten Automaten von Drittanbietern. In Österreich bezahlen Gemeinden eine Art von Schutzgeld, damit die Automaten auch in strukturschwachen ländlichen Regionen aufgestellt werden.

Hierin sehen wir ganz handfeste Gründe für den Niedergang des ländlichen Lebens: In allen Bereichen herrscht der Trend zur Privatisierung öffentlicher Leistungen vor. Öffentlicher Verkehr, ärztliche Versorgung oder die angemessene Bereitstellung von Bargeld werden zunehmend nach dem Profitprinzip abgewickelt. Und Dienstleistung in verstreuten ländlichen Regionen ist nun einmal nicht profitabel genug. Selbst die öffentlich-rechtlichen Sparkassen sowie die genossenschaftlichen Raiffeisen- und Volksbanken werden geführt als handelte es sich um private Universalbanken. Dabei wurden diese beiden Bankenarten dereinst gegründet, um das Geld, das in der Region erarbeitet wird, auch in derselben Region bleibt und dort nutzbringend zum Einsatz gelangt.

Nun ist aber mittlerweile die Dachgesellschaft der Genossenschaftsbanken in eine abgetrennte Aktiengesellschaft verwandelt. Geführt wird diese Dachgesellschaft von ehemaligen Ökonomen der Deutschen Bank. Die Flensburger Sparkasse wiederum verzockte ihre Einlagen hochriskant in großen Krediten – und verlor. Auf diese Weise hörte die Flensburger Sparkasse nach 189 Jahren auf zu existieren. Die Nordostsee-Sparkasse übernahm die Verluste der Flensburger und geriet dabei selber in Schieflage.

Ein weiterer Faktor der galoppierenden Verödung der Fläche dürfte in der massiv vorangetriebenen Digitalisierung liegen. Die Leute sollen nur noch *Onlinebanking* machen. Jede Lebensäußerung der Menschen draußen im Lande schön dokumentiert und jederzeit abrufbar. Statt Sprechstunde jetzt Telemedizin. Die Patienten lassen sich über *Skype* vom Doktor beraten. Das soll zudem die Obhut der alten Landärzte komplett ersetzen.

FÜR EINE NEUE WIRTSCHAFTS- UND SOZIALCHARTA

Was also ist zu tun? Zum einen müssen wir die Kontrolle über die Politik erlangen. Die Erhaltung und der Ausbau des öffentlichen Sektors sind unabdingbar für unsere Lebensqualität. Wo mal eben 100 Milliarden Euro für den Dritten Weltkrieg aus dem Hut gezaubert werden können, da ist auch Platz für die Bewirtschaftung des öffentlichen Raums. Natürlich können wir nicht warten. Wir müssen sofort anfangen. An vielen Orten werden bereits jetzt Einkaufsgenossenschaften gegründet. An anderen Orten sammeln die Menschen Geld, um jungen Ärzten die Eröffnung einer Praxis zu ermöglichen. Der schöpferischen Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.



Ist die Wüste Gobi bald ein attraktiverer Standort als deutsches Hinterland?
Collage: DW/Jill Sandjaja

Armes Deutschland

Dank marktradikaler »Reformen« sind die sozialen Ungleichheiten in Deutschland dramatisch angewachsen. | Von Hermann Ploppa

Der Anschlusszug verspätet sich mal wieder um eine Stunde. Ich habe also ausgiebig Zeit, um am Frankfurter Hauptbahnhof zu gucken, wer so guckt. Am Bahnsteig gegenüber kramt eine magersüchtige Frau mit verlotterten Klamotten in einem Mülleimer herum. Sie klaubt zwei leere Bierdosen heraus. Das sind immerhin 50 Cent Pfand.

Kaum ist die junge Fixerin weg, kommt schon ein alter Herr im Anzug und kramt in der Mülltonne. Auf ihn folgen im Fünf-Minuten-Takt Leute aller Kategorien. Doch die Fixerin hat schon die Schätze geborgen. Wir haben uns schon an diesen Anblick gewöhnt. Im Deutschland vor 20 Jahren noch unvorstellbar.

Die Not nimmt dramatisch zu. Es gibt in Deutschland bereits 947 Tafeln. Hier können sich Menschen mit Nachweis ihrer sozialen Bedürftigkeit Lebensmittelreste abholen, die die großen Lebensmittel-Discounter ausgemustert haben. Die Tafeln schlagen Alarm: Während sie gleichzeitig von den Lebensmittelhändlern weniger abgelaufene Ware bekommen, nimmt der Anteil der Personen, die hier um Lebensmittel anstehen, dramatisch zu. Flüchtlinge aus der Ukraine sind darunter. Auch Menschen, die in der Corona-Zeit aus der Bahn geworfen wurden. Alte Leute, die vor Corona hier anstanden, kommen wegen der geschürten Corona-Panik jetzt nicht mehr und hungern lieber. Dafür immer mehr Kinder und Jugendliche.

TAFELN SCHLAGEN ALARM

Auch viele der 60.000 ehrenamtlichen Helfer der Tafeln kommen seit Corona nicht mehr hierher. Grund genug für Tafel-Geschäftsführer Jochen Brühl, über die Medien Alarm zu schlagen. Der Funke-Mediengruppe spricht er ins Diktaphon: »Tafeln sind nicht Teil des sozialstaatlichen Systems. Wir helfen ehrenamtlich nach Kräften, aber es war nie die Idee der Tafeln, alle armutsbetroffenen Menschen verlässlich und verbindlich zu versorgen.« Und der jungen Welt sagt Brühl: »Bürgerschaftliches Engagement darf nicht dazu dienen, staatliches Versagen zu kaschieren.« Da sind wir also angekommen. Offenkundig bildet sich die wohlgenährte Politikerkaste ein, dass Deutschland jetzt nach amerikanischem Muster in ein System umgewandelt wird, in dem der Staat nur noch Kriege und Sicherheitssysteme für die Reichen alimentiert, jedoch die Armen nur noch durch private Almosen gerade eben so vor dem Verhungern bewahrt werden. Wie soll man das eigentlich kommentieren, wenn die Bundesregierung kraft Gesetz eine Erhöhung der Sozialhilfe nach Sozialgesetzbuch II um sagenhafte drei Euro auf 449 Euro beschließt? Von FDP und Grünen als Klientelparteien der Gewinner der Sozialdarwinismus-Rallye konnte man nichts anderes erwarten. Aber die SPD?

CORONA-POLITIK VERSCHÄRFT ARMUT

Unser Problem besteht darin, dass verlässliche Zahlen für die Zeit nach Corona und vor dem Dritten Weltkrieg leider noch nicht vorliegen. Aber was wir für den Stand von 2019 amtlich bestätigt ermitteln konnten, ist schon schockierend genug. Demzufolge waren damals bereits 16,1 Prozent der deutschen Bevölkerung arm. Arme und Obdachlose wurden durch die *Lockdown*-Maßnahmen in einer bislang unvorstellbaren Brutalität ausgegrenzt, stigmatisiert und sich selber überlassen.

Und dann müssen wir noch zur Kenntnis nehmen, dass schätzungsweise 40 Prozent aller Leistungsberechtigten aus Scham gar keine Leistungen in Anspruch nehmen. Kein Wunder also, dass zwei Millionen Deutsche sich keine angemessene Beheizung ihrer Wohnung mehr leisten können. Die Altersarmut ist schon jetzt enorm. Denn rund die Hälfte aller Altersrentner muss mit weniger als 1.000 Euro Rente auskommen. Und jeder fünfte Altersrentner muss sogar mit einer Rente unter 500 Euro auskommen. Ein Viertel aller über 80-Jährigen vegetiert unterhalb der Armutsgrenze. Und 40 Prozent aller alleinerziehenden Mütter sind auf Sozialhilfe angewiesen.



Demokraten fordern Investitionen ins Sozialsystem statt in Waffen. Foto: Georgi Belickin

Wie gesagt, das alles bildet den Stand vor Corona und vor Weltkrieg ab. Eine ungefähre Vorstellung des aktuellen Elends geben uns Umfragen des britischen Meinungsforschungsinstituts Yougov. Demzufolge sagen 15,2 Prozent aller Befragten, dass sie die Lebenshaltungskosten nicht mehr aufbringen können. Ein Viertel aller Haushalte mit einem monatlichen Einkommen unter 2.500 Euro geben an, dass sie die laufenden Kosten nicht mehr bedienen können. Kein Wunder. Die Löhne sind angeblich um 3,6 Prozent in der letzten Zeit gestiegen – die Lebenshaltungskosten sind laut offizieller Darstellung jedoch um 7,3 Prozent angestiegen. In puncto Verarmung ist Deutschland unstreitig Europameister.

MELDUNG

INFLATIONSPANIK IN DEN USA

Washington/DW. Die US-Notenbank Federal Reserve Bank (Fed) hebt den Leitzins um einen halben Prozentpunkt auf die neue Spanne von 0,75 bis 1,00 Prozent – die kräftigste Anhebung seit über zwei Jahrzehnten. Der Chef der Notenbank Jerome Powell kündigte weitere Zinserhöhungen an: »Die Inflation ist viel zu hoch.« Die USA verzeichnen seit 1982 die höchsten Teuerungsraten bei Verbraucherpreisen. Die Schuld hierfür wird von US-Politikern auf »Corona« und die »russische Invasion« geschoben. Die von der Zentralbank bewusst praktizierte Geldschöpfungsorgie der letzten zwei Jahre, die hauptsächlich für die Preissteigerungen verantwortlich ist, wird kleingeredet oder ausgeblendet. (ber)

HUNGERNOTSTAND

Rom/DW. Laut dem Jahresbericht des Globalen Netzwerks gegen Ernährungskrisen (GNAFC) für das Jahr 2021 erreicht der akute Hunger ein noch nie da gewesenes Ausmaß. 193 Millionen Menschen weltweit – 40 Millionen mehr als in 2020 – stünden demnach vor dem Abgrund. Die Kriegssituation in der Ukraine spitzt die Lage weiter zu. (ber)

BITCOIN-ADOPTION SCHREITET VORAN

Die Zentralafrikanische Republik ist das zweite Land weltweit, das den Bitcoin als gesetzliches Zahlungsmittel akzeptiert. | Von Burak Erbasi

Im September 2021 sorgte das kleine mittelamerikanische Land El Salvador weltweit für Aufsehen, als es verkündete, dass die anarchistische Kryptowährung Bitcoin zum gesetzlichen Zahlungsmittel gekürt wurde. Das vielfach kritisierte Experiment ist nicht gescheitert. Diesem Beispiel folgen nun weitere Länder, die sich vom Joch des US-Dollar-Imperialismus befreien möchten.

Als erstes afrikanisches Land macht die Zantralafrikanische Republik (ZAF) ernst und erlaubt es seinen Bürgern, demnächst Zahlungen mit Bitcoin zu tätigen. Wie zuvor auch bei El Salvador, meldete sich umgehend der Internationale Währungsfond (IWF) kritisch zu Wort. Es sei ein »gefährlicher Schritt«, Bitcoin als gesetzliches Zahlungsmittel einzuführen. Kritiker des elitären Globalkapitalismus erkennen in den Warnungen des IWF jedoch die wachsende Angst des US-dominierten Finanzkartells vor einer finanziellen Revolution.

Die Regierung der ZAF verteidigt diesen gewagten Schritt: Bitcoin als offizielles Zahlungsmittel soll das Leben ihrer Bürger erleichtern. Mit einem kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsprodukt von 989 US-Dollar pro Kopf (Stand 2020) gehört das Land zu den ärmsten der Welt. Seit 2013 befindet sich das Land zudem in einem zermürbenden Bürgerkrieg. Aber gerade für von Armut und Krieg gebeutelte Länder kann Bitcoin die Erlösung bedeuten. Denn mit Bitcoin kann die Bevölkerung auf ein unabhängiges und deflationäres Geldsystem bauen und die Früchte ihrer Arbeit in Form von digitalem Gold schützen. Jeder, der über einen Internet-Zugang verfügt, kann komplett anonym Teil des Bitcoin-Bezahlungssystems werden. Bankkonten, namentliche Registrierungen oder Bonitätsprüfungen sind hierbei nicht erforderlich. In der vergangenen Woche hat auch Panama ein Gesetz verabschiedet, das den Weg für Kryptowährungen weiter ebnet. Steuern und Geldstrafen können in dem zentralamerikanischen Land, das als Steueroase für Superreiche berüchtigt ist, künftig mit Kryptowährungen bezahlt werden. Experten sind sich einig, dass das erst den Anfang der globalen Adoption darstellt. Viele weitere Länder würden sehr bald auch auf den Bitcoin-Zug aufspringen.

GROSSE CHANCE FÜR FRÜHZEITIGE ANWENDER

Der Preis für einen Bitcoin liegt aktuell bei knapp 37.000 Euro. Eine Bitcoin-Einheit ist unterteilbar in sogenannte Satoshis: 100 Millionen Satoshis entsprechen dabei einem Bitcoin. Aktuell kann man also für einen Euro knapp 2.700 Satoshi erwerben. Ein wahres Schnäppchen, wenn man bedenkt, dass alle Coins zusammen gerade einmal 720 Milliarden Euro Wert sind. Zum Vergleich: Allein der gehypte Elektroauto-Hersteller Tesla hat eine Marktkapitalisierung von etwa 900 Milliarden Euro. Falls Bitcoin die Marktkapitalisierung von Gold (knapp 11 Billionen Euro) erreichen sollte, was für die nächsten Jahre ein durchaus wahrscheinliches Szenario darstellt, würde der Preis pro Bitcoin etwa 500.000 Euro betragen.

Konservative Ökonomen und auch viele Demokraten verkennen leider immer noch das revolutionäre und emanzipatorische Potenzial des Bitcoin und verpassen die Chance, von der bevorstehenden monetären Revolution zu profitieren. Es ist ein ehernes ökonomisches Gesetz: Das härteste Geld wird sich immer durchsetzen, und Bitcoin ist nun einmal die ehrlichste, transparenteste und demokratischste Währung, die derzeit existiert und breite Anwendung findet.



Burak Erbasi ist Chef vom Dienst in der DW-Redaktion und nebenbei freischaffender Künstler.

SCHROTTPLATZ UKRAINE

Neues von der Ostfront
von Felix Feistel

Die deutsche Bundesregierung hat sich bereit erklärt, schwere Waffen an die Ukraine zu liefern. Sie bietet gebrauchte Gepard-Panzer an, die der Flugabwehr dienen. Da die russische Armee die Flugabwehr der Ukraine schon vor längerer Zeit zerstört hat, könnte sie diese Panzer gebrauchen.

Der Haken ist allerdings, dass die Bedienung der Geräte recht kompliziert ist. Es bedarf einer einjährigen Ausbildung, um sie wirklich im Kampf einsetzen zu können. Auch hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj kritisiert, dass Deutschland kaum Munition für die Panzer liefert. Flugabwehrpanzer ohne Munition haben für die Ukraine keinerlei Nutzen. Die Gepard-Panzer werden von der Bundeswehr schon lange nicht mehr benutzt. Es ist fraglich, ob es überhaupt noch Offiziere gibt, die sich mit der Technik auskennen.

Damit wird die Ukraine immer mehr zum Schrottplatz ausgemusterter, westlicher Militärtechnik. Es wird berichtet, dass auch die von den USA gelieferten Javelin-Raketen altersschwach seien. So prallten die Geschosse an den russischen Panzern einfach ab, da die Sprengköpfe defekt seien. Wer Verbündete wie den Westen hat, braucht wahrlich keine Feinde mehr. Den größten Nutzen davon hat die westliche Rüstungsindustrie, die sich über Aufträge freuen kann. Denn da die Lager nun ausgemistet sind, hat das Militär vieler Länder Platz für neue Anschaffungen.

Derweil hat die russische Armee nicht nur wichtige Bahnhöfe der Ukraine, sondern auch Umspannwerke, die für den Bahnverkehr relevant sind, zerstört. Damit dürfte der Bahnverkehr in der Ukraine weitestgehend stillstehen. Über die Schienen erfolgt ein großer Teil der Versorgung ukrainischer Soldaten an der Front, sowie der Nachschub. Selbst wenn also weitere westliche Waffen geliefert werden, erreichen sie ihr Ziel wohl kaum. Hinzu kommt, dass schon in der Vergangenheit westliche Waffenlieferungen durch russische Luftschläge zerstört wurden, noch bevor sie ihren Bestimmungsort erreicht hatten. Immer wieder werden auch verlassene, ukrainische Stellungen eingenommen, die voll sind von ungenutzten, westlichen Waffensystemen, sodass die Russen schon spotten, der Westen beliefere eigentlich die russische Armee.

ZIVILISTEN UNTER BESCHUSS

In letzter Zeit häuft sich der ukrainische Beschuss russischer Dörfer, Städte oder militärischer Depots in der Nähe der Grenze. So ist die Stadt Belgorod in der Nacht auf Montag von zwei heftigen Explosionen erschüttert worden. In Berichten war die Rede von ukrainischen Drohnen, die in der Nähe der



Demokraten dokumentieren die Lügen der Grünen. Foto: Sandra Doornbos

Stadt gesichtet worden seien. Immer wieder werden Einschläge und Explosionen im russisch-ukrainischen Grenzgebiet berichtet, die mit Sachschäden einhergehen. Auch von Verletzten war bereits die Rede. Todesopfer gab es bislang zumindest auf der russischen Seite der Grenze noch nicht.

Die Ukraine beschießt überdies weiterhin zivile Ziele im Donbass. Dabei kommt es immer wieder zu toten und verletzten Zivilisten, auch Wohnhäuser werden zerstört. Berichten zufolge verwendet die Ukraine zudem sogenannte Flechette-Geschosse, also kleine, metallene Pfeile, mit denen die Sprengköpfe der Raketen umgeben sind, sodass diese bei der Explosion in einem großen Radius Menschen töten und verletzen. Streumunition, zu der dieser Typ der Geschosse gehört, wurde in einem 2010 geschlossenen völkerrechtlichen Vertrag, von mittlerweile 110 Staaten verboten. Die Ukraine ist jedoch kein Vertragsstaat und verwendet Munition diesen Typs weiterhin.

WIRD MOLDAWIEN ZUR KRISENREGION?

Die Situation in Transnistrien spitzt sich weiter zu. Es hatte dort eine Reihe von Explosionen in Tiraspol gegeben, unter Anderen in direkter Nähe des Ministeriums für Staatssicherheit. Der Westen und die Ukraine weisen die Schuld Russland zu und unterstellen diesem eine »False Flag«-Operation (Operation unter falscher Flagge), die den Vorwand für russische Soldaten liefern soll, Transnistrien mit Gewalt von Moldawien zu lösen. Seit dem Ende des Bürgerkrieges in Moldawien sichern russische Truppen den Frieden zwischen Moldawien und Transnistrien. Die Rufe aus Kiew, den Ukraine-Konflikt auf diese Region auszudehnen, ein Szenario, das auch in einem Strategiepapier der amerikanischen RAND-Corporation aus dem Jahr 2019 bereits angedacht wird, um Russland zu schwächen, werden immer lauter. Und offenbar arbeitet Kiew aktiv an diesem Szenario. So wurde am Flughafen in der moldawischen Hauptstadt Chisinau ein Ukrainer festgenommen, der versuchte, militärische Ausrüstung in das Land zu bringen, und russische Medien geben der Ukraine die Schuld für die Anschläge in Tiraspol.

Die Behörden Deutschlands, Israels, Kanadas und der USA haben ihre Staatsbürger bereits aufgefordert, Moldawien zu verlassen. Zudem blockieren Moldawien und die Ukraine die transnistrische Wirtschaft. Die moldawische Präsidentin Maia Sandu wurde erst im Jahr 2020 gewählt und führt Moldawien seitdem konsequent in Richtung Westen. Als wichtigen Partner bei anstehenden Reformen bezeichnete sie die USA. Erst im letzten Jahr hat sie, nachdem sie mit umstrittenen Manövern auch die Regierung ausgetauscht hatte, eine »Säuberung« von Politik und Justiz angekündigt, um ihre Opposition auf diesem Weg zu beseitigen. Im Westen wurde diese Ankündigung als »Kampf gegen Korruption« begrüßt. Es sieht so aus, als sei Moldawien das nächste Schlachtfeld, das gegen Russland eröffnet wird.

AUSBRUCH AUS DEM ASOW-STAHLWERK

Aus dem Asow-Stahlwerk in Mariupol sind über 80 Zivilisten auf eigene Faust entkommen. Seit März hatten sie in den Bombenkellern des Werkes festgesessen und waren nach ihren Aussagen von den ukrainischen Soldaten mit der Drohung eingeschüchtert worden, dass sie von den Russen erschossen würden, sollten sie hinausgehen. Von den immer wieder durch Russland ausgerufenen Feuerpausen und den zur Evakuierung bereitgestellten Bussen hatten sie nichts gewusst.


Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

MELDUNG

NATO IST LÄNGST KRIEGSPARTEI

New York/DW. Laut einem Bericht der New York Times vom 4. Mai 2022 gibt die USA Geheimdienstinformationen über den Aufenthalt von russischen Generälen an die ukrainische Armee weiter. So soll diese die Möglichkeit gehabt haben, die »mobilen Hauptquartiere der russischen Armee« ausfindig zu machen und wiederholt russische Führungsoffiziere zu töten. Laut Kiewer Angaben sollen seit Kriegsbeginn zwölf russische Generäle getötet worden sein. In einer Stellungnahme bestätigte Pentagon-Sprecher John Kirby allgemein den Bericht der New York Times. Die Ukraine bekäme die Informationen, »die sie braucht, um sich verteidigen zu können«. (hes)

FRIEREN FÜR DIE FREIHEIT: ÖL-EMBARGO

Berlin/DW. Die Europäische Union kündigt den Stopp von russischen Öl-Importen an. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte am Mittwoch, den 4. Mai 2022 im EU-Parlament an, man wolle »ein vollständiges Einfuhrverbot für sämtliches russisches Öl«. Besonders die Bundesländer Berlin und Brandenburg wären von dieser Entscheidung betroffen. Diese beziehen ihre Kraftstoffe zu 95 Prozent aus der PCK-Raffinerie im Uckermärkischen Schwedt. Dort kommt die Öl-Pipeline »Druschba« (dt. Freundschaft) aus dem rund 5.300 km entfernten westsibirischen Tjumen in Deutschland an. Die Fabrik dort sei auf das schwefelhaltige Öl aus Russland eingestellt, für ein anderes Öl brauche man Monate der Umstellung, so ein Raffinerie-Sprecher. (hes)

600.000 REGISTRIERTE UKRAINISCHE FLÜCHTLINGE

Berlin/DW. Laut einer Auswertung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sind mehr als 600.000 Menschen in Deutschland als Flüchtlinge registriert worden. Dies entspricht in etwa der Einwohnerzahl der nordrhein-westfälischen Hauptstadt Düsseldorf. Die Statistik speist sich aus Angaben unterschiedlicher Behörden und Ämtern, wie den Ausländerbehörden, der Polizei und Meldebehörden, deshalb sind auch Doppelmeldungen möglich.

Die Daten können weiters nicht sagen, wieviele Menschen nach der Erfassung in Deutschland in ein anders europäisches Land weitergereist oder in die Ukraine zurückgekehrt sind. Ende April sprach das das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) von rund 360.000 ukrainischen Flüchtlingen und rund fünf Millionen Flüchtlingen insgesamt. (hes)

STICHWORT DW-AKADEMIE

Diese Zeitung gründet eine Hochschule im Ausland: Die Akademie für qualifizierte Verfassungsdemokratie, AquaVD. Kontakt für Unterstützer: *akademie@demokratischerwiderstand.de* oder per Post an den Unterstützerverein KDW e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. Sie wollen gute Nachrichten verbreiten? Verteilen Sie diese Zeitung bei Ihrem Spaziergang. Ganz einfach hier ordern: demokratischerwiderstand/verteilen

Neutral statt Nato I: ***Wir müssen uns mit Ruck aus dem Nato-Kriegsdesaster lösen, anstatt Schweden hineinzuziehen.*** | Von Anselm Lenz

Sverige, håll dig stark!

NO NATO!

Schweden, bleib stark! Sag »Nein« zur Nato! | FORTSETZUNG VOM TITEL



Sie standen ein für »Mehr Demokratie wagen« und echte Völkerverständigu[ng] … dem Bonner Kanzleramt intrigiert. Olof Palme (r.) als Ministerpräsident 19[…]

Die PR-Abteilung des Tiefen Staates von Nato, IWF, WEF und Weltbank hatten sich einen richtigen Coup ausgedacht.

Für die schwindende Akzeptanz der Schlächter der Erde sollte es diesmal das Schloß Meseberg bei Berlin sein. »Wovor haben Sie Angst, Herr Scholz«, hatte die Nachrichtenillustrierte *Der Spiegel* Ende April getitelt.

Eine Volte. Das Heft hatte bereits 2020 und 2021 jeweils über zwei Millionen Euro Bestechungsgelder von PC-Oligarchen und US-Eugeniker Bill Gates überwiesen bekommen, um die Corona-Lüge zu protegieren und Interviews zu verfälschen (zum Beispiel mit dem Co-Herausgeber dieser Wochenzeitung, Professor Giorgio Agamben).

Was war diesmal geschehen? Olaf Scholz hatte mit seinem französischen Amtskollegen mehrfach versucht – zaghaft, aber öffentlich – eine Verständigung im Ukraine-Konflikt herbeizuführen. Dieser Krieg ist aber vom Apparat gewollt.

Um den vor dem Atomkrieg dann doch ein klein wenig zurückschreckenden Kanzler Olaf Scholz in die totale Nato-Kriegsmaschine zurückzupressen, brachte der Apparat zwei hübsche skandinavische Sozialdemokratinnen. Am Dienstag, 3. Mai 2022, durfte Scholz die Ministerpräsidentin des Königreiches Schweden, Magdalena Andersson, und deren finnische Amtskollegin, Sanna Marin empfangen. Dies auf den Treppen des Barockschlosses Meseberg bei Berlin, das sich derzeit unter Kontrolle der Bundesregierung befindet. Alles für »die Bilder, die wir gesehen haben«.

Schon in den Wochen vor dem Gala-Auftritt vor westpreußischen Schlosskulissen hatte die Konzern- und Oligarchenpresse – so oder ähnlich – den Befehl aus Washingtoner und Londoner Etagen erhalten: »Verbreiten Sie, dass Schweden und Finnland kurz vor dem Beitritt zur Nato stehen! Verbreiten Sie, dass das stark in den skandinavischen Gesellschaften diskutiert wird! Im Grunde wollen das fast alle!«

Und siehe da, auch in einigen Propagandagazetten der beiden Länder tauchten entsprechende Berichte auf. Ja, nun wo Russland die frühere Sowjetrepublik Ukraine überfallen hat (es geht dabei: um die Nato) und sich am Asowschen Meer an einer Bunkeranlage abkämpft, ist natürlich der Zeitpunkt, in Nordwesteuropa schnell dem teuren angloamerikanischen Kriegsapparat des Nordatlantikbündnisses beizutreten –?

NATO-SHOW IN SCHLOSSKULISSEN

Wer einmal der Nato beigetreten ist, dem bleibt kein Auge trocken. Das US-UK-Kriegsbündnis gilt als eine der grauenerregendsten Organisationen der Menschheitsgeschichte mit Millionen militärischen Kriegsopfern und Zivilisten, wie unter anderem der weltberühmte Journalist Julian Assange bewies. Darunter die Kriegsverbrechen der Armeen der USA und der Engländer bei der Invasion der Republik Irak ab dem 20. März 2003.

Eine Vielzahl von Kriegs- und Propagandalügen geht auf das Konto des Apparates, vor dem der frühere US-Präsident Dwight Eisenhower 1961 bei seinem Abtritt gewarnt hatte. Es entstehe ein »militärisch-industrieller Komplex« (MIK), der die Gesellschaft parasitär aussauge (Steuermittel) und ein verdecktes neofeudales Eigenleben mit eigenen, von der Gesellschaft abgetrennten (Kriegs-) Interessen entwickele. Dieser Apparat geht im Verbund mit dem Corona-Regime derzeit aufs Ganze, um sich letztlich die völlige Weltherrschaft zu sichern (*Full Spectrum Dominance*). – Ein einziger Wahnsinn. Und völlig unerreichbar. Wir müssen da raus – aus der Nato – und Schweden wie Finnen kann man nur raten, sich kurz vor Schluss nicht hineinverwursten zu lassen. »Feinden« in

DER SCHOLZOMAT



Foto: Steffen Prößdorf

Für einen Politiker gilt er als außergewöhnlich ruhig, das brachte ihm seinen Spitznamen ein.

Der Osnabrücker OLAF SCHOLZ (63, SPD) sprang vom Hamburger Innensenator zum Bundesarbeitsminister zum Bürgermeister zum Bundesfinanzler und schließlich auf den Kanzlerposten. Tief in Wirecard-Affäre und Corona-Regime verstrickt. Atomkriegverhinderer?

DIE NEUTRALE



Foto: Frankie Fouganthin

Unter den Politikern der Weltbühne steht MAGDALENA ANDERSSON (64, SAP) für Resthoffung.

»Frieden, Freiheit, keine Diktatur.« Die Losung der deutschen Demokratiebewegung (»Querdenker«) ist in der parlamentarischen Monarchie Schwedens noch lebendig. Nachdem Andersson Stefan Löfven als Ministerpräsidenteinfolgte, robbt sich nun die Nato ran.

DIE 37-JÄHRIGE



Foto: Fanni Uusitalo

Charismatisch-intelligent ist sie sicher: SANNA MARIN (SDP) ist ein wahres Regenbogenkind.

Die »junge Globalführerin« des Nato-Corona-Oligarchentreffs *World Economic Forum* (WEF) hat eine Karriere aus dem Nichts hingelegt. Doch Erfahrung soll im Apparat der *Smartphone*-Diktatur keine große Rolle mehr spielen. – Kann sie den Atomkrieg verhindern?

DAS SCHLOSS



Höfische Traditionen werden hier groß geschrieben. Auf SCHLOSS MESEBERG weht ein *Air* von Reichsgeist. Diesmal für Nato, EU und WEF?

Geschürtes Lagerdenken

Neutral statt Nato II: *Freund-Feind-Dynamiken unterminieren den öffentlichen demokratischen Austausch.* | Von Anke Behrend

Fotos: Pelz (l.), Folke Hellber/Dagens Nyheter

ng. Friedensnobelpreisträger Willy Brandt (l.) wurde dafür 1974 aus
36 auf offener Straße in Stockholm erschossen.

»Eurasien« ist nur mit Verständigung beizukommen (Willy Brandt), immer mit dem Ziel, die Teufelsapparate letztlich komplett abzuschaffen. Auch den eigenen.

Der Nato-Apparat wankt, Propaganda kann er immer noch. Was bedeutete es also, als Scholz den Damen im Schloss »Hilfe für den Nato-Beitritt« (*Zeit*) zusicherte und der norwegische Nato-General Jens Stoltenberg aus der Ferne die ohnehin sichere Aufnahme pries, falls die Neutralen ihre Neutralität aufgäben?

Nichts als den üblichen Testballon. Ob die Menschen das mit sich machen lassen, ohne dass sie sich allzusehr gegen ihr Unglück wehren? In Helsinki und Stockholm kam es zu Demonstrationen: »Nein zur Nato.« Unbewaffnet.

DER WAHRHEITSBOTE

Foto Schloss: Doris Antony, Foto Assange: David G. Silvers

Olaf, Maggie und Sanna hatten Kaiserwetter. Ob im feudalen Barockschloß (Bau ab 1736), derzeit offiziell BRD-»Gästehaus«, einmal ein wahrer König der Aufklärung wie JULIAN ASSANGE (50, parteilos) Asyl bekommt?

Es gab Zeiten, da hielten 100 Prozent der Menschen die Erde für eine Scheibe. Wer das Gegenteil behauptet hätte, wäre mindestens als verrückt bezeichnet worden, schlimmstenfalls hätte man ihn als Ketzer verbrannt.

Sogar noch heute hält ein winziges Häuflein von Sonderlingen die Erde für flach und beruft sich auf eine in sich geschlossene Scheinplausibilität, die erstaunlicherweise durch keinen noch so schlagenden Beweis zu erschüttern ist. Und tatsächlich sind einige, der auf dem »gesunden Menschenverstand« basierenden Indizien für die flache Erde, für den Laien nicht ohne Weiteres widerlegbar.

Dennoch ist die Erde faktisch annähernd rund und die Rollen haben sich vertauscht. Die Mehrheit der Runderdler bezeichnet nun die Flacherdler als verrückte Spinner. Der Grad an Zivilisation lässt uns von schlimmeren mittelalterlichen Methoden Abstand nehmen. Zum Glück, denn zumindest verbal scheinen sich Geisteskrankheit und Wahnsinn auf Grund von Denkweisen und Moralvorstellungen in exponentiellem Wachstum zu befinden.

POSTFAKTISCHE MEINUNGSKRIEGE

Wir erleben Paralleluniversen unterschiedlicher Wahrheiten bei gleicher Realität. Ob US-Präsident Joe Biden, der russische Präsident Wladimir Putin oder der deutsche Gesundheitsminister Karl Lauterbach und seine Jünger, man zweifelt öffentlich und lautstark am Verstand der gegnerischen Partei – vergessend, dass die eigene Seite im Meinungskrieg von den anderen ebenso als verrückt wahrgenommen wird. Eine hundertprozentige Durchseuchung mit Irrsinn ist allerdings unwahrscheinlich. Die jeweils andere Seite ist selbstverständlich alles andere als unzurechnungsfähig. Jeder denkt und handelt für sich plausibel und logisch, in seinem persönlichen Daseinszusammenhang und unter seinen eigenen für gültig angenommenen Prämissen. Ideologien oder Glaubenssysteme liefern schlüssige Begründungen und Bedeutungen, die anderen völlig irrational erscheinen können.

So ist die Geschichte voll mit unvorstellbaren Dummheiten, Grausamkeiten, Sklaverei, Menschenopfern, Folter, die sämtlichst durch Ideen und Glaubenslehren gerechtfertigt wurden. Allen gemein war moralische Selbsterhöhung gepaart mit Verachtung des Anderen bis hin zur Vernichtung. Aber die wenigsten Täter waren geisteskrank. Im Gegenteil: Die meisten dürften ihre Taten mit der jeweils guten Sache gerechtfertigt haben, für die es Opfer zu bringen gab. Sie konnten sich auf eine Weltanschauung berufen, die ihr Handeln überhaupt erst möglich machte, und die sie als die einzig gültige erachtet haben dürften.

DIE RELATIVITÄT DER MORALISCHEN WERTE

Heute erleben wir eine rasante, möglicherweise gewollte Verschiebung der moralischen Werte. Und so ist natürlich ein Karl Lauterbach nicht verrückt geworden, wenn er wissenschaftlichen Erkenntnissen zuwider handelt. Er nimmt sie einfach nicht wahr oder hält sie für falsch. Wir aber erwarten, dass ihm jede positive Neuigkeit willkommen sein müsste, die »Pandemie« zu beenden. Die Hoffnung seiner Kritiker, er möge doch endlich zur Vernunft kommen und »richtig« handeln, verkennt allerdings, dass er in seiner Vorstellung, auf seiner Mission als Retter Hunderttausender Menschenleben – mag sie noch so illusorisch sein – völlig »richtig« handelt. Folglich kann er gar nicht anders, als in den Augen seiner Gegenspieler falsch zu handeln, denn genau dies ist »sein« Richtig.

Jeder Angriff seiner »Feinde« bestätigt ihn in seiner Entschlossenheit und befeuert letztlich seinen Fanatismus, was nicht bedeutet, dass man ihn nicht kritisieren soll. Im Gegenteil – man muss ihn kritisieren, sich aber seiner Motivationen bewusst sein. Aus dem Blickwinkel des Kritikers sind diese kaum zu erfassen. Es bedarf eines Perspektivwechsels: Unter welchen Voraussetzungen wäre Lauterbachs Handeln richtig? Bei einer Pandemie nach der Definition der WHO vor 2009 mit vielen Schwerkranken und Toten?

Ohne »Pandemie« wäre Lauterbach nie zum obersten Gesundheitsexperten avanciert. Ist die Verantwortung dieser Rolle nachvollziehbar? Die Arbeitsbelastung, die allgegenwärtige Aufmerksamkeit der Medien? Die Konsequenzen, wenn im nächsten Herbst nicht genug Impfstoff eingekauft sein würde? Kann man in dieser Situation Einspruch dulden, wo es doch ums Ganze geht? Oder muss man die vermeintlichen Nebensächlichkeiten in Namen der guten Sache beiseite wischen? Was hat Lauterbach zu gewinnen, was zu verlieren?

PATHOLOGISIEREN REICHT NICHT

Schwachstellen in seinem Narrativ müssen erkannt werden, die über das bloße Aufzeigen der offensichtlichen logischen und moralischen Defizite aus unserem Blickwinkel hinausweisen, da für das Opfer dieser kognitiven Dissonanzen selbige eben nicht erkennbar sind, oder mit dem Verweis auf das größere Gut in Kauf genommen werden. Der Gegenseite den Spiegel vorzuhalten, führt nicht zu den erhofften Einsichten. Man hat die Widersprüche in der eigenen Erzählung bereits als notwendig eingepreist und sieht in diesem Spiegelbild genau das, was man als richtig empfindet.

Lauterbach ist beseelt von missionarischem Eifer. Für die einen ist er ein Wahnsinniger, für die anderen – und ganz sicher in seinem eigenen Film ist er der Held, der sich nicht beirren lässt durch verrückt gewordene Kritiker. Aber ganz sicher ist er kein durchgeknallter Irrer. Er schafft es, eine Unmenge an Fakten auszublenden, um sich auf sein Ziel zu fokussieren. Was für einen Spitzensportler eine Voraussetzung wäre, ist für einen Politiker allerdings verhängnisvoll.

Ähnliches dürfte für Putin gelten. Ihn als Person und seinen vermeintlichen Geisteszustand für den Ukraine-Krieg verantwortlich zu machen, ist bequem und unterkomplex. Das Bild des unzurechnungsfähigen Despoten wurde von den Medien gezielt inszeniert, um eine Debatte zu unterbinden. Unverhohlen wird hier die gleiche Propagandatechnik zum Einsatz gebracht wie schon zur Corona-Krise und vielen anderen Themen, zu denen keine zweite Meinung zulässig sein soll.

DIE WERKZEUGE DER AUFKLÄRUNG

Mit Vorsatz geschürtes Lagerdenken und Feindbilder führen letztlich in die Eskalation. Vernunft, Wahrheit und Moral – jede Seite beansprucht sie für sich. Aber für die andere Seite sind wir die Gegner, die verrückten Spinner. Allerdings wissen wir, dass unsere Argumente schlüssig sind. Mit einiger Wahrscheinlichkeit steht die Gegenseite auf dem gleichen Standpunkt.

Wenn keine der beiden Seiten von Geisteskrankheit befallen ist und jede sich gleichermaßen im Recht wähnt, entscheidet letztlich die Realität. Wie auch immer man die Welt betrachten mag, kann die Erde nicht gleichzeitig rund und flach sein, sie kann allerdings flach aussehen. Und weil wir nicht mit jedem Flacherdler eine Tour in den Orbit unternehmen können, bleiben uns auf dem Weg aus dem postmodernen Mittelalter nur Geduld, Dialog und Aufklärung.

Also lassen wir uns nicht allzu tief in die Niederungen von Freund-Feind-Dynamiken hineinziehen und begegnen wir anderen mit Respekt, auch wenn sie ihn zur Zeit nicht erwidern können.

Anke Behrend ist TV-Profi, Autorin und Redakteurin dieser Wochenzeitung. Dieser Beitrag ist mit anderen Beiträgen dieser Ausgabe als Podcast auf apolut.net zu hören.

IM HIP-HOP-ZAUBERGARTEN

Eine neue Subkultur wird geboren. | Von Jill Sandjaja

Grundgesetzleugner hassen diesen Trick: Die Rapbellions performen in einem privaten Wohnhaus. *Foto: Steve Schramm*

Für viele Berliner hätte es am vergangenen Wochenende im Jugendkulturzentrum »Pumpe« in Berlin Mitte einfach nur eins der ersten Live-Konzerte »nach Corona« werden können. Doch die Odyssee des Demokratischen Untergrunds nahm dort erst seinen Anfang. Schon bei der Ankunft mussten die Gäste an vier Polizei-Mannschaftswagen und zwei verschwurbelten Antifas vorbei, die heimlich beim »Gang zum Konzert« fast jeden, der an ihnen vorbeilief, ablichteten.

Fünf Minuten vor Showbeginn gaben dann die drei einzigen FFP2-Maskenträger*innen (die Betreiber der Pumpe) bekannt, dass das Konzert abgesagt werden müsse. Sofort rannte eine gestresste Frau wie besessen von der einen zur nächsten Ecke und versuchte ohne Erfolg die Gäste vom Gelände zu scheuchen. Die Stimmung der 16 Musiker des Kollektivs »Rapbellions« war am Boden. Schon seit ihrem musikalischen Zusammenschluss 2021 mit dem Lied »Ich mach da nicht mit«, in dem auch Xavier Naidoo zu hören ist, versuchen Grundgesetzleugner ihre Auftrittsmöglichkeiten zu sabotieren. Holy Smokez: »Heute ist das passiert, was uns als Rapbellions immer und auf allen Plattformen passiert: Wir werden bekämpft und zensiert. Wir sind Staatsfeinde. Uns wird vorgeworfen, wir seien Nazis. Doch wenn man genau hinhört, hört man nichts was nur im Entferntesten darauf hindeutet.«

Gnädigerweise durften sich Musiker und Publikum im Konzertsaal zusammenfinden, um die Absage des Konzerts offiziell zu machen. Als die unliebsame Nachricht verkündet werden sollte, wurde deutlich, dass der Widerstand sich nicht nur unermüdlich Woche für Woche auf der Straße zeigt, sondern sich eben auch durch eine unerschütterliche Solidargemeinschaft der Demokratiebewegung auszeichnet. Kurzerhand entschloss sich ein frommer Demokrat, der auf die Bühne sprang, seinen Garten als neuen Veranstaltungsort anzubieten. Ein anderer wollte seine Anlage vom anderen Ende der Stadt holen. Die Verlegung des Konzerts wurde beschlossen und die Stimmung war wieder im Aufwärtstrend.

DEMOKRATEN WISSEN SICH SELBST ZU HELFEN

Schwrzvyce: »Im ersten Moment war die Absage eine ärgerliche Situation. Aber das Leben ist perfekt. Es gibt einem immer die Dinge, die man gerade benötigt und ich denke das ist ein sehr plastisches Beispiel, weil wir sofort an einem Ort gelandet sind, wo die Vibrationen ganz anders sind, wo wir uns viel freier fühlen und wir uns nochmal anders verbinden können als an so einem normal gebuchten Ort.«

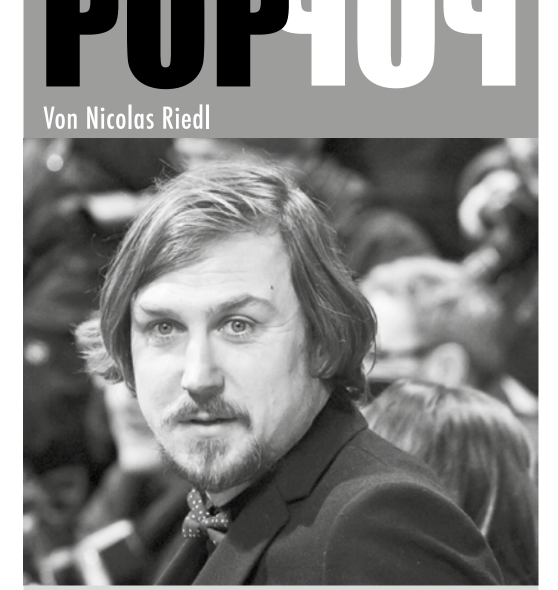
Es wurden Fahrgemeinschaften gebildet und eine Stunde später fanden sich die Rapbellions und das Publikum vor einer malerischen Reihenhaushälfte irgendwo in Berlin-Spandau wieder. Ein Gemüsebeet, eine Lagerfeuerstätte, ein paar aufgestellte Bierbänke, ein Toilettenhäuschen mit Diskokugel wurden nun Kulisse für das krasseste Konzert der Demokratiebewegung im Frühling 2022. Die Atmosphäre war entspannt und erregend zugleich. Gute Gespräche und neue Bekanntschaften füllten den Abend bis die ersten *Beats* aus den Wohnzimmerflügeltüren der Reihenhaushälfte herausschallten.

Das Wohnzimmer war bis zum Anschlag gefüllt und das Haus vibrierte im schnellen Rhythmus des Sprechgesangs mit. Lapaz, Holy Smokez, Goethe, Twanie, Schwrzvyce, Ukvali und viele andere sprachen dem Publikum aus der Seele, brachten Berlin-Spandau zum kochen und haben der neuen Berliner Subkultur ein Denkmal gesetzt.

Lapaz: »Es war auf jeden Fall die richtige Entscheidung in diesen Garten zu kommen. Wir stehen für Leben und Freiheit. Das Konzert war ein Erlebnis, das wir nie vergessen werden!«

POPPOP

Von Nicolas Riedl



Der Schauspieler Lars Eidinger würde nicht schießen. *Foto: Siebbi, Wikimedia*

UNVERSTRAHLTE PROMIS UND KÜNSTLER

Eine Reihe von Kunstschaffenden haben einen offenen, appellativen Brief an Bundeskanzler Scholz verfasst. Darin bedanken sich die Unterzeichner für die bisherige Zurückhaltung bei Waffenlieferungen in die Ukraine und mahnen, etwaige Schritte zu unternehmen, die den dortigen Konflikt weiter anheizen und sogar einen Atomkrieg auslösen könnten. Der offene Brief stieß in der leitmedialen Öffentlichkeit erwartungsgemäß auf ein Echo der Empörung. Zu den Unterzeichnern zählen unter anderem Filmemacher Andreas Dresden, Reinhard Mey, Juli Zeh, Alice Schwarzer und viele mehr.



Kein Verständnis für zurückhaltende Waffenlieferung an die Ukraine – Rapper Prinz Pi. *Foto: instagram_prinzpi23.*

EIN PANZER-PAZIFIST?

In den sozialen Medien äußerte der Rapper Prinz Pi am 30. April sein Unverständnis gegenüber den Unterzeichnern eines offenen Briefes an Olaf Scholz, in welchem die Unterzeichner vor einer atomaren Eskalation warnen, sollte schweres Geschütz in die Ukraine geliefert werden. Dabei verglich er die Ukraine mit einem Mobbing-Opfer, welches von seinem Peiniger Russland so lange drangsaliert werde, bis man diesem das Handwerk lege. Implizit geht aus seinen Äußerungen eine Befürwortung schwerer Waffenlieferungen an die Ukraine hervor. Von sich selbst sagte der Studentenrapper, dass er sich selbst weiterhin eher als pazifistisch einordne. Die Aussagen des Berliners könnte bei manchen Hörern Irritationen hervorrufen. In der Vergangenheit kritisierte Pi musikalisch die Rüstungsindustrie, vertrat – augenscheinlich – pazifistische Positionen und galt vielen als ein sich differenziert und ausgewogen äußernder Intellektueller.



RUFER IN DER WÜSTE

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Michael Schuch

Als Johannes der Täufer seinen Dienst begann, mied er erstaunlicherweise Jerusalem, das religiöse Zentrum. Gott schickte ihn stattdessen in die Wüste, damit er von dort aus den Weg des Messias bereite.

Wer seine Botschaft hören wollte, musste sich aktiv aufmachen und zu ihm hinausgehen. Was er zu sagen hatte, war klar und unmissverständlich: »Tut Buße, denn das Reich der Himmel ist nahe herbei gekommen« (Matthäus 3,2). Wer seiner Aufforderung mit offenem Herzen folgte, den taufte er. Die anderen, insbesondere aus der religiösen Kaste, wies er streng zurecht: »Ihr Otterngezücht, wer hat euch gewiss gemacht, dass ihr dem künftigen Zorn entrinnen werdet« (Vers 7)?

Christen, die sich an Johannes ein Beispiel nehmen, erheben heute ihre Stimme in der Wüste des Zeitgeistes, der tristen Gleichförmigkeit und medialen Gleichschaltung. In unserer Gesellschaft der Leisetreter und Angepassten geben sie, inspiriert vom Geist Gottes, auch Widerworte. Wenn die Herrschenden die Gemeinde Gottes wie ein irdisches Konstrukt betrachten und meinen, sich in ihre Angelegenheiten nach Belieben einmischen zu dürfen, dann sagen sie kompromisslos »nein«. Einer Regierung, die notorisch gesetzeswidrig und unmenschlich handelt, werden sie ihre bösen Werke mit deutlichen Worten vorhalten und so bloßstellen. Auch zeigen sie sich unbeeindruckt, wenn es ihren Peinigern in den Sinn kommen sollte, die Fesseln ein wenig zu lockern und die zuvor geraubten Freiheiten für einen Sommer lang zurückzugeben.

Bei all dem sind Rufer keine säuerlichen Zeitgenossen. Widerstand und Trübsal machen aus ihnen Menschen, die anderen Trost spenden. Paul Gerhardt war so einer. Die große Not und Trostlosigkeit, die der Dreißigjährige Krieg über ihn brachte, hielt in nicht davon ab, ermutigende geistliche Lieder zu schreiben. In »Geh aus mein Herz, und suche Freud« heißt es: »Ich singe mit, wenn alles singt, und lasse, was dem Höchsten klingt, aus meinem Herzen rinnen.« Tun wir es ihm gleich!

Der Autor ist Vater von drei Kindern und SAP-Berater; er wohnt im Landkreis Schwäbisch Hall. (youtube.com/c/Antipas1)

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN

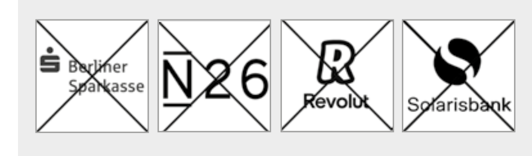


3FyecLmLurGH59q7DQJLCSDinYndGyEyWt

Da die großen Plattformen wie *Youtube, Facebook* und *Google* Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
corona-studies.org | rubikon.news
corodoks.de | mutigmacher.org
anti-spiegel.ru | apolut.net
multipolar-magazin.de
aerztefueraufklaerung.de

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:





ZEITUNGSWUNDER 20/21/22: Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 560.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 20 Millionen in 89 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 9 vom 20. Juni 2020.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN:
demokratischerwiderstand.de/abo

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Der Fall Julian Assange.
Geschichte einer Verfolgung



Nilz Melzer
Piper Verlag
978-3-492-07076-8



Der Aufmarsch – Vorgeschichte zum Krieg.
Russland, China und der Westen

Jörg Kroauer
Papyrossa Verlag
978-3-89438-778-5



Die Chinesen.
Psychogramm einer Weltmacht

Stefan Baron, Guangyan Yin-Baron
Ullstein
978-3-548-06132-0



Soldaten.
Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben
Sönke Neitzel, Harald Welzer
Fischer
978-3-596-18873-4



Der Krieg vor dem Krieg.
Wie Propaganda über Leben und Tod entscheidet
Ulrich Teusch
Westend
978-3-86489-243-1



Die Propaganda-Matrix.
Der Kampf um freie Medien entscheidet über unserer Zukunft
Michael Meyen
Rubikon
978-3-96789-020-4



(L)earn Bitcoin - Bitcoin verstehen und verdienen.
Der Schlüssel zu finanzieller Unabhängigkeit
Anita Posch
Posh Media
978-3-9504591-8-0



Trans- und Posthumanismus zur Einführung.
Janina Loh
Junius Verlag
978-3-88506-808-2



Wider den Gehorsam.
Arno Gruen

Klett-Cotta
978-3-608-94891-2



Wege aus der Angst.
Über die Kunst, die Unvorhersehbarkeit des Lebens anzunehmen
Gerald Hüther
Vandenhoeck + Ruprecht
978-3-525-45387-2



Idol des Sports: Thomas Berthold (Bildmitte) ist Fußballweltmeister, Demokrat, Humanist – und bekennender Querdenker. *Foto: Kerstin Tietje*

SPORT MIT BERTHOLD

SPIESS UMDREHEN, GROSSEN SIEG ERRINGEN

Das Finale der Weltmeisterschaft 1990 war Einbahnstraßenfußball, da unser Gegner nur im Verteidigungsmodus war. Wir hatten über 90 Minuten die Spielkontrolle, Argentinien hat nicht ein Mal auf unser Tor geschossen. Als Andi Brehme zum Elfmeterpunkt ging, war ich hundertprozentig überzeugt, dass er den Ball versenkt und wir Weltmeister werden. Weiche Knie hatte ich nie, vor Spielen war ich immer etwas angespannt, aber sobald es losging, verflog das alles.

Um ein großes Turnier zu gewinnen, braucht man einen langen Atem, weil es vier Wochen geht. 1990 hatten wir nie eine schwächere Phase, besiegten den amtierenden Europameister Niederlande und den Titelverteidiger Argentinien. Unsere Mannschaft war immer hochkonzentriert und so ausgerichtet, dass nur der Sieg in Rom in Frage kam. Franz Beckenbauer hat es verstanden, für super Stimmung zu sorgen. Aber wenn trainiert wurde und die Spielvorbereitung anstand, dann waren alle top fokussiert und motiviert.

Es war sicherlich ein Vorteil, dass aus der ersten Elf fünf in Italien gespielt haben (Klinsmann, Brehme, Matthäus bei Inter Mailand, Völler und ich bei AS Rom). Uns wurde große Sympathie von den italienischen Fans entgegengebracht. Für mich war es ein sehr spezieller Moment nach der Finalniederlage 1986 in Mexico-City gegen Argentinien in meinem Hemistadion, dem Olympiastadion in Rom, den Spieß umzudrehen!



Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

ES IST GEFÄHRLICH, RECHT ZU HABEN, WENN DIE REGIERUNG UNRECHT HAT. VOLTAIRE

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 89. Ausgabe ab Samstag, 7. Mai 2022. | Redaktionsschluss war am 5. Mai 11:15 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84, BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Burak Erbasi (CvD) **Ressortleitung Wirtschaft & Soziales:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz **Fotoressort:** Jill Sandjaja, Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel, Sandra Doornbos **Weitere Redaktionsmitglieder:** Anke Behrend, Clark Kent, Dirk Sattelmaier, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Klaus Müller, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam, UFP United Free Press, London.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 90 erscheint am 14. Mai 2022.